

Stenographischer Bericht

über die

XVI. Sitzung der fünften Jahres-Session des böhmischen Landtages vom Jahre 1861, am 20. Dezember 1866.

Vorsitzender: Oberstlandmarschall Graf Albert Rostk.

Gegenwärtig: Oberstlandmarschallstellvertreter J. U. Dr. W. Bělský und die beschlußfähige Anzahl Abgeordneter.

Am Regierungstische: Der k. k. Statthalter Karl Graf Rothkirch-Panthen und der k. k. Statthaltereirath Johann Ritter von Neubauer.

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 45 Min.

Oberstlandmarschall (eröffnet die Sitzung): Mir ist soeben ein Protest mit Bezug auf einen gestern stattgehabten Vorgang im Landtage übergeben worden; ich werde denselben nach Weisung der Geschäftsordnung vortragen lassen und den Akten beilegen. Ich bitte ihn vorzulesen.

Landtags-Sekretär Schmidt liest:

Verwahrung.

Der in der 10. Sitzung der laufenden Session niedergelegten Kommission wurde der ganz bestimmte Antrag des Abgeordneten Grafen Leo Thun und Genossen zur Vorberathung zugewiesen und dieser Antrag zugleich als dringlich erklärt. Worin aber das Wesen dieses Antrages besteht, darüber haben sich sowohl der Antragsteller in seiner Begründung, als die Majorität der Kommission selbst auf der ersten Seite ihres Berichtes mit voller Klarheit und Bestimmtheit ausgesprochen.

Dieser Antrag, dessen Form und Inhalt den Gegenstand der Berathung und Begutachtung durch die Kommission zu bilden hat, besteht darin, daß an Seine k. k. apostolische Majestät die allerunterthänigste Bitte um Erwirkung einer Regierungsvorlage wegen Revision der Wahlordnung gerichtet werde. In Erwägung also, daß der von der Kommission neuerlichst gestellte dritte Antrag weit über das, der Kommission sowohl ursprünglich als über das, ihr mit dem Beschluß vom 18. I. M. erteilte Mandat hinausgeht, daß daher dieser Antrag geschäftsordnungsmäßig zur Verhandlung und Abstimmung nicht geeignet war; da somit eben deshalb der in der Berathung über diesen Gegenstand vom Abgeordneten Fürsten Georg Lobkowitz gestellte Antrag als ein selbstständiger erscheint und als solcher hätte behandelt werden sollen, daß also durch Einleitung der Verhandlung und Abstimmung über beide Anträge der Geschäftsordnung zuwider gehandelt wurde, legen wir gegen diese Verhandlung und Abstimmung als nach unserer Ueberzeugung geschäftsordnungswidrige Vorgänge gemäß §. 74 der

Stenografická zpráva

o

XVI. sezení pátého ročního zasedání sněmu českého od roku 1861, odbývaném dne 20. prosince 1866.

Předseda: Nejvyšší maršálek zemský Albert hrabě Nostic.

Přítomní: Náměstek nejvyššího maršálka zemského Dr. pr. V. Bělský a poslanci v počtu k platnému uzavírání dostatečném.

Zástupcové vlády: C. kr. místopředsí Karel hrabě Rothkirch-Panthen a c. kr. rada místopředsí Jan rytíř z Neubauerů.

Počátek sezení o 10 hod. 45 minut.

Geschäftsordnung Verwahrung ein, und bitten dieselbe dem Sitzungsprotokolle beizuschließen.

Prag, am 19. Dezember 1866. Dr. Herbst, Richard Dogauer, Dr. Stöhr, Höfler, Dr. Hueber, Johann Liebig, Stamm, Czylariz, Dr. Kuh, Steffens, Dr. Uchazy, Dr. Picert, Dr. Theumer, Dr. Schubert, Dr. Volkelt, Hüller, Köppler, Wolf, Siegmund, Dr. F. Seidl, Karl Ritter von Limbeck, Rudolf Fürstl, Sandner, Dr. Görner, Dr. Wiener, Dormiger, Bibus, Lippmann, Redlhammer, Pfeiffer, Rosenauer, Graf Hartig, Groß, Wolfrum, Rosp, Ulrich, Hille, Moriz Graf Jedwitz, Schmag, Hermann, Janota, Fleischer, Linke, Leeder, Dr. Schöder, Neumann, Jaksch, Stidel, Dr. Dreßler, Hermann Adam, Friedrich, Dr. Limbeck, Franz Liebig, Tachezy, Korb von Weidenheim, Peche Baron Riese-Stallburg, Zeidler, Dr. Schrott, Plener, Seifert, Ritter von Strärwitz, Bachofen von Echt, Dr. Forster, Fürth, Dr. Tebesco, Dr. Klier.

Oberstlandmarschall: Ich werde den Protest nach der Geschäftsordnung den Akten beilegen lassen, halte mich jedoch verpflichtet als Oberstlandmarschall auch meine Ansicht über den gestrigen Vorgang, bei dem ich nicht gegenwärtig war, dahin auszusprechen, daß ich vollkommen derselben Ansicht bin, die mein Stellvertreter gestern geäußert hat, und diesen Vorgang, der gestern stattgefunden hat, nicht als geschäftsordnungswidrig betrachten kann, indem ich in der ganzen Geschäftsordnung dazu keinen Anhaltspunkt finde, im Gegentheile in §. 36 der L.-D. ausdrücklich steht, daß Anträge an den Landtag gelangen können im Wege einzelner Mitglieder, im Wege der Regierung oder der Kommission, nirgends aber, weder in der L.-D., noch in der Geschäfts-Ordnung eine Beschränkung rücksichtlich dieser, von der Kommission zu stellenden Anträge ausgesprochen ist.

Fürst Lobkowitz: Ich bitte um's Wort. Ich erlaube mir auf Grund des §. 74 der Geschäfts-Ordnung eine Gegenerklärung anzumelden und werde

die Ehre haben, sie in der nächsten Sitzung zu überreichen.

Oberstlandmarschall: Die Kommission für das Gesetz, betreffend die Fischereiordeung hat sich konstituiert und hat gewählt, zum Obmann Grafen Harrach Franz, Obmanns-Stellvertreter Fürst Lobkowitz Georg, Schriftführer: Herr Kratochvíle. Die Eingabe des Landesauschusses, betreffend mehrere Gesuche von Gemeinden um Auscheidung aus dem bisherigen Gemeindeverbande und Konstituierung zu selbstständigen Gemeinden wird sammt einem übersichtlichen Ausweise und den Bezugsakten im Lesezimmer zur Einsichtnahme aufgelegt.

Ich habe diese Aufsehung verfügt, weil eine sehr große Zahl von solchen Gesuchen behandelt werden muß und zwar 81 und daher glaube ich, daß es zweckmäßig ist, daß es jedem Abgeordneten freisteht, insoferne er sich für ein oder das andere Gesuch besonders interessirt, die Sache sowohl im Ausweise, als durch Durchsicht der Akten früher kennen zu lernen, bevor sie im Landtage zur Sprache kommt.

In gleicher Weise wird zur vorgängigen Einsichtnahme der zweite L.-A.-Bericht sammt Ausweise über die Entscheidungen des L.-Auschusses vorgelegt, welche derselbe über Berufungen gegen Entscheidungen und Beschlüsse der Bezirksvertretungen gefällt hat.

Die Bezugsakten selbst zu diesem zweiten Ausweise sind so voluminös, daß die Auflegung nicht zulässig ist, jedoch habe ich die Verfügung getroffen, daß, wenn ein oder der andere Abgeordnete über einen Fall die Bezugsakten zu sehen wünscht, dieselben den betreffenden Abgeordneten von der Registratur verabfolgt werden.

Ich ersuche die Landtagskommission, deren Mitglieder, sowie die Herren Abgeordneten, die Akten und Gesetzbücher, welche aus der L.-A.-Registratur bezogen wurden, noch vor Schluß der Landtagsession wieder in die Registratur zurückzustellen. In Druck wurden vertheilt:

Bericht der Kommission wegen des Entwurfes eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Gewerbevorshufklassen, Bericht des Landesauschusses über die Aktivirung der höheren landwirthschaftlichen und landwirthschaftlich-industriellen Landeslehranstalten in Tetschen-Liebwerd und Tábor.

Bericht des L.-A. betreffend die Regelung der Volksschullehrergehalte, eigentlich der Bericht des L.-A. über das, was er in dieser Hinsicht bereits vorgekehrt hat.

203. Das Geschäftsprotokoll der 10. Sitzung. Landtags-Sekretär Schmidt (liest):
Petitionen, eingereicht den 19. Dezember.

96. Abgeordneter Herr Hawelka überreicht ein Gesuch des Johann Ferdinand Schmidt von Bergenhold bezüglich der Errichtung einer Docentur für die Geschichte des böhmischen Rechtes an der Prager Universität.

Oberstlandmarschall: Petitionskommission.

Sněmovní sekretář Schmidt čte:

97) Poslanec pan Dr. Řiha podává žádost okr. zastupitelstev Kutnohorského, Časlavského, a Kolinského za vystavění železnice z Kolína do Jihlavy.

Oberstlandmarschall: Ist erledigt durch den Antrag des Abgeordneten Dr. Roth.

Sněmovní sekretář Schmidt čte:

98) Okresní výbor chotěbořský žádá, aby byl zplnomocněn, vésti dohlídku na fondy kontribučenské a obilní.

99) Posl. pan dr. Sladkovský podává žádost okr. výboru Velvarského o působení u slavné vlády k tomu, aby byl rád Jesuitů z vlasti České vyhoštěn i aby mu bylo zapovězeno, zakupovati se zde.

Oberstlandmarschall: Petitionskommission.

Sněmovní sekretář Schmidt čte:

100) Poslanec pan Karel kníže Schwarzenberg podává žádost obce Tábořské za vysvětlení článku A, 2) sněmovního usnešení o upravení vyučování hospodářského vyučování v Čechách.

Oberstlandm.: Dem Landesauschusse. Wir schreiten jetzt zur Tagesordnung. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Kommissions-Bericht über den 3. Punkt des gestern vorgetragenen Kommissions-Antrages und über den Antrag des Fürsten Lobkowitz. Ich bitte den Hr. Berichterstatter!

Abg. Clam: Die Kommission hat zunächst den ihr zugewiesenen Antrag des Fürsten Lobkowitz in Erwägung gezogen, und ist zu der Anschauung gelangt, denselben darum nicht zur Annahme empfehlen zu können, weil durch die Genehmigung desselben ein Widerspruch mit dem einer Abänderung unterzogenen 2. Article des §. 54 der Wahlordnung eintreten würde. Veranlaßt durch diese Erörterung, hat die Kommission weiter in Erwägung gezogen, ob etwa ein ähnlicher Widerspruch auch bei dem von ihr beantragten Wortlaute obwalten würde. Sie hat zwar einst anerkannt, daß dieß nicht der Fall wäre, nachdem nach allen Regeln der Gesetzinterpellation das spätere Gesetz des früheren derogirt, dieses aber in allen nicht abgeänderten Bestimmungen aufrecht bleibt. Um jedoch jeder Möglichkeit eines Bedenkens vorzubeugen, und vollste Klarheit eintreten zu lassen, ferner in der Absicht, sich in der Form der beantragten Aenderung genau an jene anzuschließen, welche in der neuesten Sitzung vom 19. Dezember eingebrachten Regierungsvorlage wegen Abänderung der §§. 13 und 15 angewendet erscheint, beschloß die Kommission, dem hohen Landtage den 3. Punkt des von ihr vorgelegten und in seinen 2 ersten Punkten von dem h. Landtage bereits genehmigten Antrages in folgender Fassung zur Annahme vorzulegen:

3. Der Landtag beschließt nachstehendes Gesetz der allerh. Sanction zu unterbreiten:

Landesgesetz,
wirksam für das Königreich Böhmen, womit §. 54
der Landtagswahlordnung abgeändert wird.

Ueber Antrag des Landtages meines König-
reiches Böhmen, finde ich zu verordnen, wie folgt:

Der §. 54 der Landtagswahlordnung vom 26.
Februar 1861 hat in seiner gegenwärtigen Fassung
aus der Wirksamkeit zu treten und künftig zu
lauten:

§. 54. Sowie während der Dauer der ersten,
so auch während jener der zweiten 6jährigen Land-
tagsperiode können Aenderungen der Bestimmungen
der Landtagswahlordnung für das Königreich Böh-
men, durch absolute Stimmenmehrheit des nach §.
35 der L.-O. überhaupt beschlussfähigen Landtages
beschlossen werden. Nach Ablauf der zweiten 6jäh-
rigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des
Landtages über beantragte Aenderungen der Wahl-
ordnung die Gegenwart von mindestens 3 Vier-
theilen aller Mitglieder und die Zustimmung von
mindestens 2 Dritttheilen der Anwesenden erforder-
lich. Die Kommission hat sich in diesem, ihren
Antrage nur auf jene Aenderung des §. 54 der
Wahlordnung beschränkt, welche mit ihrer Aufgabe
in unmittelbarem Zusammenhange steht. Der wei-
tere Inhalt des §. einer Erörterung zu unterziehen,
liegt nicht in ihrer Aufgabe.

Komise vzala především v úvahu přikázaný
ji návrh Jeho Jasnosti knížete Jiřího Lobkovice a
uznala, že nelze navrhnouti, aby se přijal, poněvď
by přijetím jeho vyvolal se odpor 2. odstavkou
§. 54. řádu voleb., v kteréž odstavce se neuči-
nila nijaké změna.

Za příčinou rokování v této věci vzala ko-
mise dále v úvahu, zdali by byl podobný odpor
i při znění, jež ona navrhla.

Uznalať sice jednoslovně, že by tomu tak
nebylo, poněvadž dle veškerých pravidel při vy-
kládání zákona, pozdější zákon deroguje dřívějšímu
zákonu, tento však zůstává v platnosti vzhledem
na všechna ustanovení, kteráž nebyla změněna;
aby se však bylo vystříháno vši možnosti jakés
pochybnosti a aby bylo vše jasné, dále aby i
spůsob navržené změny úplně se shodoval se spů-
sobem, jehož užito při vládní předloze o změněni
§§. 13. a 15. v sezení dne 19. prosince podané,
usnesla se komise, že slav. sněmu navrhne třetí
odstavku návrhu již předloženého a ve 2 odstav-
kách již schváleného v tomto znění k přijetí.

3. Sněm usnáší se, k nejvyššímu schválení
podati zákon tento:

Zákon zemský,

daný pro království České, jímž se mění §. 54.
řádu volení do sněmu.

K návrhu sněmu Mého království Českého
vidí se Mně naříditi takto: §. 54. řádu volební
do sněmu ze dne 26. února 1861 ruší se v ny-
nějším jeho znění a má přístě zníti takto: Učinil-li
by se v první, nebo učinil-li by se v druhé 6.-
leté době sněmovní návrh, aby se v tomto řádu

volení do sněmu král. Českého něco změnilo může
sněm, pokud dle §. 38. zřízení zemského vůbec
jest spůsobitý, usnešení činiti, absolutní většinou
hlasů o to se usnésti.

Pak-li by ale návrh, aby se v tomto řádu
volebním změna nějaká zavedla, učinil se po pro-
jití druhé 6. leté doby sněmovní, potřebí usnešení
sněmu o tom, aby alespoň $\frac{3}{4}$ všech sněmovníků
byli přítomni a aby nejméně $\frac{2}{3}$ přítomných sně-
movníků k tomu přivolily. Komise obmezila se
v tomto návrhu svém toliko na onu změnu §. 54.
ř. v. která bezprostředně souvisí s úlohou její.
Ostatní obsah §. probíratí není úlohou její.

Oberstlandmarschall: Bevor ich die Debatte
eröffne, muß ich mittheilen, daß ich etwas übersehen
habe. Es ist mir heute eine Interpellation über-
geben worden und ich habe am Schluß der Pre-
sidentialmittheilungen die Vorlesung nicht verfügt. Bevor
ich die Debatte beginne, bitte ich geschäftsordnungs-
mäßig, daß die überreichte Interpellation vorgele-
sen werde.

Sněm. sekr. Schmidt čte: Interpelace k Jeho
exc. pánu místodržiteli království Českého.

Vaše Excelenci!

Bude tomu bez mála 100 let, co řád Jesuitův
vypovězen byl skoro ze všech katolických zemí
Evropských co škodný a veřejnému prospěchu
přičící se a co od samého papeže Klimenta XIV.
bullou ze dne 13. srpna 1773 vyzdvížen a zrušen
byl co řád nebezpečný pokoji a míru církve ka-
tolické. Od této doby byla i vlast naše prosta
Jesuitův. Teprve před několika málo léty přišli
opět Jesuité do severních Čech, kde si zařídili
seminář chlapecký. V době poslední války přis-
těhovalo a usadilo se též v Praze několik členů
řádu tovaryšstva Ježíšova, stěhujících se z Itálie a
jde pověst, že i na jiných místech v Čechách
hodlají usaditi se. Událost tato polekala, znepo-
kojila veřejnou mysl obyvatelstva král. Českého
tím více, čím živěji tkví ještě na paměti jeho pa-
mátku dřívějšího zde neblahého a zhoubného řá-
dění Jesuitův. Všeobecná tato nevole a rozčile-
nost myslí odůvodněna jest tím více, čím více
jest se obávati, že řád Jesuitův domáhati se bude
opět a ne bez výsledku škol a vychovávání mlá-
deže, v kterémžto směru duchovné, osvětě a po-
kroku v cestu stavící se působení Jesuitův osvěd-
čilo se býti nejzhoubnějším. Příchod Jesuitův do
Čech, působí i tím neprospěšně, že vybuzuje u
lidu našeho pochybnost o tom, zdali damáci du-
chovenstvo naše samo bez pomoci Jesuitův chtělo
a dovedlo povinnostem svým, posud vyhověti,
čímž důvěra k domácím duchovenstvu našemu,
kterouž až posud v celé zemi v plné míře poží-
valo, valně se podkopáva. Vláda státní má zajisté
i v článku 28 a 35 konkordátu, uzavřeného dne
18. srpna 1855, vyhrazené právo, aby opřela se
opětnému usazování se v království Českém řeholi
a duchovních společností, jichžto působení nesrovná-
vá se s prospěchem země a proto dovolují si

podepsání, naplnění jsouce upřímnou starostí a péčí o pokoj a blaho vlasti na slavnou vládu dotaz:

Hodlá-li slavná vláda přičiníti se k tomu, aby přítrž učiněna byla pobytu a dalšímu uvazování se řádů Jezuitů v Čechách?

Y Praze, dne 19. prosince 1866.

Dr. Ed. Grégr.

Dr. K. Sladkovský.

Kratochvíle.

Dr. Reichert.

Dr. Ant. Čížek.

Dr. Gabriel.

Krouský.

Em. Tonner.

Stickel.

Tachezy.

Dr. Jos. Frič.

Dr. práv Trojan.

V. Kratochvíl.

MDr. Král.

Mayersbach.

Ant. Schmidt.

Dr. Matuš.

Jiránek.

Dr. Říha.

K. Ptačovský.

Dr. Kodym.

Vojtěch Fingerhut.

Dr. Podlipský.

JM. Šáry.

Purkyně.

Jan Křeji.

JDr. Velslík.

JUDr. Škarda.

JUDr. Jeřábek.

MDr. Kordina.

Jos. Linke.

V. Neumann.

A. Rösler.

Ed. Janota.

Dr. Ant. Schöder.

Dr. Karl Pickert.

J. Wenzig.

Kralert.

Für die Interpellation ohne vollständige Billigung der Motivirung:

Dr. Dressler.

Friedrich.

Jos. Benoni.

Jeho Excel. pan místodržitel. Bude-li možná, odpovím této otázce zejtra.

Oberstlandmarschall: Ich werde also die Debatte eröffnen, über den eben vom Berichterstatter der Kommission gestellten Antrag. Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? Wenn Niemand das Wort ergreift, so werde ich den Antrag der Kommission zur Abstimmung bringen. Ich bitte diejenigen Herren, die dem Antrag der Kommission, wie er jetzt vorgebracht worden ist, beistimmen, die Hand aufzuheben. (Geschicht). Es ist die Majorität.

Nachdem es sich um die Vorlage eines Landesgesetzes handelt, so ist es nothwendig, auch noch die dritte Lesung vorzunehmen, und ich bitte diejenigen Herren, die für die Annahme dieses Landesgesetzes in dritter Lesung sind, aufzustehen. (Geschicht). Ich bitte sich niederzusetzen. Es ist die Majorität.

Die beiden gestrigen Anträge, höre ich soeben, sind auch noch nicht in dritter Lesung angenommen, und da es zwei Punkte sind, so muß ich auch noch die dritte Lesung vornehmen. Wünschen die Herren, daß sie noch einmal vorgelesen werden? (Rufe! nein.) So bitte ich diejenigen Herren, die die gestern gestellten Anträge in dritter Lesung annehmen, aufzustehen. (Geschicht). Es ist die Majorität. Sie sind angenommen.

Die Regierungsvorlage, betreffend der Abänderung der §§. 13 und 15 der Landtagswahlordnung. Die Regierungsvorlage ist gedruckt in den Händen der Mitglieder. Da wird wohl das Haus auf die Vorlesung verzichten (Rufe: ja!) und es handelt sich jetzt um die formale Behandlung.

Dr. Grünwald: Prosím za slovo.

Dovoluji si navrhnouti, aby předloha tato byla prikázána oné komisi, která byla zvolena za příčinou návrhu, učiněného panem Dr. Čížkem stran dodatku k řádu zemskému.

Oberstlandmarschall: Ich bitte den Antrag deutsch vorzulesen.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Der Herr Abg. Grünwald beantragt, es möchte diese Regierungsvorlage überwiesen werden zur Vorberathung jener Kommission, welche zusammengesetzt ist über den Antrag des Dr. Čížek in Betreff eines Zusatzes zur Landesordnung.

Statthalter: Ich erlaube mir noch den Antrag zu stellen, der Antrag möchte als dringlicher behandelt werden, und die Kommission von der Drucklegung des Berichtes enthoben werden.

Oberstlandmarschall: Ich werde zuerst die Dringlichkeitsbehandlung des Antrages zur Abstimmung bringen. Ich bitte diejenigen Herren, die dafür sind, den Antrag als dringlichen zu behandeln und die Kommission anzuweisen, ihn von der Drucklegung zu befreien, und wie ich glaube verstanden zu haben, die Kommission anzuweisen in der morgigen Sitzung darüber Bericht zu erstatten; die Herren, die für diese Dringlichkeitsbehandlung des Antrages sind, bitte ich die Hand aufzuheben. (Geschicht). Er ist angenommen.

Nun bitte ich die Herren, die für den Antrag sind in der Weise, wie Hr. Dr. Grünwald beantragt hat, nämlich ihn der betreffenden Kommission für den Zusatzartikel zur Landesordnung zuzuweisen, die Hand aufzuheben. (Geschicht). Ist angenommen.

Also werde ich die Kommission ersuchen, die Berathung vorzunehmen und ihren Antrag bloß schriftlich morgen vor das Haus zu bringen.

3. Gegenstand: Landesauschußbericht, betreffend die Wahl der Reichenberger Handelskammer.

Berichterstatter Dr. Görner: Hoher Landtag!

In Folge der Resignation des Abg. August Konrad wurde bei der Reichenberger Handelskammer am 4. d. M. eine Neuwahl vorgenommen.

An dieser Wahl theilnahmen sich von 36 Wahlberechtigten Mitgliedern 17, deren Stimme insgesammt den Fabrikanten Anton Friedrich jun. zufielen; daher derselbe einstimmig zum Abg. der Reichenberger Handelskammer gewählt erscheint. Nachdem gegen diese Wahl von keiner Seite ein Anstand erhoben wurde, stellt der Landesausschuß unter Vorlage des Wahlaktes den Antrag:

Der h. Landtag wolle die Wahl des Fabrikanten Anton Friedrich jun. als Abgeordneten der Reichenberger Handelskammer als gültig anerkennen und den Gewählten zum Landtage als Abg. zu lassen.

Sněmovní sekretář Schmidt čte:

Zemský výbor činí návrh:

Slavný sněm račiz volbu továrníka p. Antonína Fridricha mladšího za poslance obchodní komory Liberecké za platnou uznati a zvoleného k sněmu připustiti.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen?

Ich bitte diejenigen Herren, die dem Antrage des Landesausschusses auf Agnoscirung der Wahl beistimmen, die Hand aufzuheben. (Geschicht). Ist angenommen.

Ich bitte den Hrn. Abg., wenn er anwesend ist, vorzutreten und die Angelobung abzulegen.

(Die Angelobung wird in deutscher Sprache vorgenommen).

Oberstlandmarschall (Stellvertreter) übernimmt den Vorsth.

Oberstlandmarschall (Stellvertreter): Wir kommen zum 4. Punkte der Tagesordnung: Wahl der Hypothekenbankdirektoren. Ich bitte den Hrn. Ritter v. Peché als Berichterstatter.

Berichterstatter Ritter von Peché: Hoher Landtag!

Durch die Resignation des aus der Kurie der Städte und Industrialorte gewählten Bankdirektors Herrn Gustav Hoffmann, dann in Folge der Erneuerung Sr. Excellenz des Hr. Grafen Albert Rostitz zum Oberstlandmarschall des Königreiches Böhmen sind die Stellen precis unbesoldeten Bankdirektoren der Landeshypothekenbank in Erledigung gekommen.

Um die Beschlußfähigkeit der Bankdirektoren zu erhalten, hat der Landesausschuß nach Maßgabe der Bestimmungen des Nr. 51 des Bankstatutes an die Stelle des Hr. Gustav Hoffmann, den Landtagsabgeordneten Hr. Richard Döbauer provisorisch in die Bankdirektion berufen, welcher sich auch der Beforgung der ihm hiedurch übertragenen Direktionsgeschäfte bereitwilligst unterzogen hat. Indem der Landesausschuß diese provisorische Verfügung dem hohen Landtage zur geeigneten Kenntnißnahme bringt, erlaubt er sich den Antrag zu stellen: Der hohe Landtag geruhe auf Grund des §. 50 des Bank-

statuts zur Ergänzung der statutenmäßigen Zahl der Bankdirektoren, die dringend nöthige Neuwahl von 2 Bankdirektoren, und zwar eines aus der Kurie des Großgrundbesitzes und eines aus der Kurie der Städte und Industrialorte noch in dieser Session vorzunehmen.

Zemský výbor dovoluje si učiniti návrh: Slavný sněm račiz za příčinou doplnění počtu ředitelů banky stanovami určeného dle §. 50 statutu banky, ještě v zasedání tomto vykonati nevyhnutelně potřebnou novou volbu dvou ředitelů banky, a to jednoho z kurie velkostatkářů a jednoho z kurie měst a míst průmyslových.

Oberstlandmarschall = Stellvertreter: Ich ersuche die Kurie des Großgrundbesitzes und die Kurie der Städte und Industrialorte, die betreffende Wahl der Bankdirektoren heute, nach Schluß der Sitzung vorzunehmen, und zwar hat die Wahl so stattzufinden, daß in jeder Kurie die Wahl stattfindet, ohne Rücksicht, ob der gewählte dem Landtage angehört oder nicht. Nach vollzogener Wahl bitte ich das Resultat heute noch dem Präsidium zur Kenntniß zu bringen.

Wir schreiten zum 5. Gegenstand der Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des Landesvoranschlages für das Jahr 1867.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter.

Hofrath Taschek. Wir sind gestern bis zu den Einnahmen gelangt. In diesen Einnahmen hat die Kommission bloß bei den für den Domestikalfond veranschlagten 2 Änderungen beantragt, nämlich bei den Nutzungen und dem Erträgniß von unbeweglichen Gütern und bei den verschiedenen Einnahmen. Bei den Nutzungen der unbeweglichen Güter hat sich die Kommission deswegen zu Änderungen bestimmt gefunden, weil sie durch ihren Referenten die Überzeugung gewonnen hat, daß der Voranschlag von Seite des Landesausschusses zu einer Zeit verfaßt worden ist, wo die Getreidepreise noch bedeutend tief gestanden sind. Da mir der größte Theil des Pachtstillings in Getreide in natura abgeführt wird, hat dieser Umstand einen wesentlichen Einfluß auf den anzuhoffenden Betrag, ferner ist dazugekommen, daß im Oktober ein Meierhof bei Koschitz parzellenweise verpachtet worden ist, und durch diese Verpachtung ein bedeutend höherer Erlös erzielt wurde, als ein Voranschlag aufgenommen worden ist. Die Kommission erlaubt sich daher den Antrag zu stellen.

Artikel XI., §. 1.

Der Reinertrag der Landesgüter wird auf 11782 fl., sonach die Einnahme der 2. Rubrik, Ertrag der Realitäten und nutzbaren Rechte auf 12277 fl. erhöht.

§. 1.

Náměstek maršálův: Čistý výnos zemských statků zvyšuje se na 11.782 zl. a tudíž příjmy druhé rubriky „výnos pozemností a práv užitebných“ zvyšují se na 12.277 zl.

Wünscht Jemand das Wort? Da dieß nicht der Fall ist, werde ich abstimmen lassen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche dem §. 1, welcher soeben vorgelesen wurde, zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Abg. Hofr. Taschek: Die 2. Veränderung ist bei „verschiedenen Einnahmen.“ Zur Zeit, als der L.-A. den Voranschlag verfaßte, war das Agio befaßtermassen sehr gering, so daß muthmaßlich der Erlös, beziehungsweise die Differenz desselben beim Zinsertägnisse des Fonds der Nationalobligationen verschwindend klein gewesen wäre und nicht veranschlagt werden konnte.

Gegenwärtig ist leider das Agio bedeutend gestiegen und so, wie die Ausichten stehen, kaum zu erwarten, daß dasselbe im Laufe des nächsten Jahres verringert werde.

Da nun die Zinsen der Nationalobligationen, die dem Domestikalfonde gehören, ein jährliches Erträgniß von 12.277 fl. ausmachen, so schien es der Kommission entsprechend, den Gewinn beim Silberagio wenigstens mit 2.000 fl. zu veranschlagen, da dieses ungefähr 16% ausmachen müßte und dermal bereits 28% und selbst noch höher das Agio steht und dieß keineswegs eine übertriebene Annahme ist.

§. 2. An Agiogewinn von den in Silber zahlbaren Zinsen der Nationalanlehens-Obligationen werden 2.000 fl. eingestellt, die XI. Rubrik „verschiedene Einnahmen“ auf 2.166 fl. erhöht und demnach der Gesamtertrag des Domestikalfondes mit 29.702 fl. festgesetzt.

Náměstek maršálkúv:

§. 2.

Co zisk z azia při úrocích z obligací národní půjčky ve stříbře splatných, klade se suma 2000 zl., XI. rubrika „rozličných příjmů,“ zvyšuje se na 2166 zl., a tudíž výnos fondu domestikálního určuje se úhrnem sumou 29.702 zl.

Ich bitte also abzustimmen, und diejenigen Herren, welche für §. 2 sind, die Hand zu erheben. (Geschicht, angenommen.)

Abg. Hofrath Taschek: Bei den übrigen Fonds hat die Kommission es nicht für gerathen gefunden, in eine Aenderung der beantragten Ziffer einzugehen und hat bloß eine Beschränkung bei dem Gebärhausfonde und bei dem Zwangsarbeitshausfonde dem h. Landtage zur Annahme zu empfehlen beschlossen, die auf die Ziffer selbst keinen Bezug hat. Es wird angetragen, den Bubenscher Fond in 4 Posten, 10 bis incl. 13 mit 7761 fl. in das Budget unter die Einnahmen einzustellen.

Náměstek maršálkúv: Pan zpravodaj ponavrhuje, aby sloupec „o Bubenečském fondu“ byli přijaty příjmy v částce 7.761 zl.

Žádá si někdo mluvití?

Ich bitte die Herren, welche dieser Einnahmspost zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht, angenommen.)

Abg. Hofrath Taschek: Ebenso trägt die

Budgetkommission an, den Landesfond mit dem Voranschlage des Landesauschusses, Post 14 bis 22, mit der Gesamtsumme von 90.780 fl. in die Einnahme einzustellen.

Náměstek maršálkúv: Komise navrhuje, aby příjmy zemského fondu byli přijaty v částce 90.780 zl.

Preje si někdo slovo?

Ich bitte diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht, angenommen.)

Abg. Hofrath Taschek: Bei dem Landesgebärhausfonde werden gleichfalls nach dem Antrage des Landesauschusses, die Posten 23 bis 27 incl. dem hohen Landtage empfohlen, zusammen mit 5640 fl. in die Einnahmen aufzunehmen.

Náměstek maršálkúv: Budgetní komise ponavrhuje, aby příjmy fondu porodnického byly přijaty úhrnkem 5640 zl.

Wünscht Jemand das Wort darüber? Ich bitte also abzustimmen. Diejenigen Herren, welche dem Antrag zustimmen, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschicht, angenommen.)

Berichterstatter Taschek: Artikel 12. Der Landesauschuß hat die, bei der 4. Rubrik der Einnahmen „Verpflegskosten und Vergütung“ berufene, jedoch nicht gedruckte Beilage A, über die Ermittlung derselben in den künftigen Voranschlägen wiederabdrucken lassen. Es ist bereits bei dem Gebärhausfonde unter den Auslagen ein ähnlicher Beschluß über Ausgaben gefaßt worden, und es müßte hier bezüglich der Verpflegskostenvergütung wiederholt werden, weil aus der Kombination derselben sich die Gebahrung und das Resultat allein mit Verläßlichkeit ermitteln läßt, es auch bei dem bisherigen Voranschlag stets gedruckt beigelegt worden ist, und es doch nicht entsprechend erscheint, daß nur die Referenten allein aus dem Entwurfe, der schriftlich verfaßt ist, Einsicht in das Gebahren nehmen, es daher im Interesse des h. Landtags liegt, daß sämtliche Mitglieder sich davon die Ueberzeugung zu verschaffen, im Stande sind.

Náměstek maršál. Dr. Bělský: Článek 12. Zemskému výboru se ukládá, aby netištěnou přílohu A), na niž se ve IV. rubrice příjmů „Náhrada na náklad opatrovací“ odvolává a kteráž se týče vyšetření náhrady této při budoucích rozpočtech, dal opět otisknouti.

Žádá si někdo mluvití?

Ich bitte diejenigen Herren, welche diesem letzten Artikel zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht, angenommen.)

Berichterstatter Taschek: Bei dem Landesfindelhaus-Fond hat der Landesauschuß beantragt, die Annahmen post 28 bis incl. 34 mit 17.755 fl. einzustellen. Die Kommission hat dieselbe geprüft und keinen Anlaß gefunden, in eine ändernde Ziffer einzugehen. Sie erlaubt sich daher, den Antrag zu stellen, der h. Landtag wolle die Ein-

nahmen des Landes-Findelhaus-Fondes mit 17.755 fl. in den Landesvoranschlag aufzunehmen.

Nám. mars. dr. Bělský: Budgetní komise navrhuje, aby příjmy fondu nalezenců byly přijaty 17.755 zlatých.

Wünscht Jemand das Wort? Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Berichterstatter Taschek: Ebenso ist die Budgetkommission dem Antrage des Landesauschusses bezüglich des Landesirrenhausfondes, welcher in der 4. Post die Annahme desselben mit 58.786 fl. ermittelt hat, beigetreten. Sie beantragt daher, für Einnahmen des Landesirrenhausfondes mit der Summe von 58.786 fl. in das Budget aufzunehmen.

Nám. mars. dr. Bělský: Budgetní komise navrhuje, aby příjmy fondu blázince byly přijaty úhrnem 58.786 zlatých.

Wünscht Jemand das Wort? Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Berichterstatter Taschek: Bei dem Landeszwangsarbeitsfonde hat der Landesauschuss in der 5. Post von 39 bis incl. 43 die Einnahmen mit 8739 fl. veranschlagt. Die Budgetkommission fand keinen genügenden Anlaß, an einer dieser Ziffern eine Aenderung zu beantragen. Sie erlaubt sich daher, dem h. Landtage zu empfehlen. Die Einnahmen des Landeszwangsarbeitshausfondes mit 8.739 fl. in das Budget aufzunehmen.

Nám. mars. dr. Bělský: Budgetní komise navrhuje, aby příjmy fondu káznice byly přijaty úhrnem 8.739 zl.

Žádá si někdo mluvíti?

Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Berichterstatter Taschek: Es hat die Kommission noch gefunden, bei dem Landeszwangsarbeitshaufe noch mehrere Anträge zu stellen, welche auf die Ziffer selbst keinen Einfluß nehmen, doch auf die Gebahrung des Fondes und seine Emporhebung von Einfluß sein können. In der Beziehung wird im Art. 13, §. 1 angetragen:

Landes-Zwangsarbeitshaus-Fond.

Artikel XIII.

§. 1.

Der Landesauschuss wird angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß das Stamm- und Fabrikkapital der Zwangsarbeitsanstalt — bestehend in 27788 fl. 91 kr., wovon 17835 fl. 30 kr. baar an die Landeskasse abgeführt und der Rest von 9933 fl. 61 kr. als Kassaabarschaft, Aktivforderungen an die Regie, Materialien, Inventargegenständen und Werkzeugen bei der Anstalt sich befindet — zur Erstüchtmachung und Aufrechthaltung als Fabrikkapital bei der Fabrikverwaltung selbstständig verrechnet, die allenfälligen Zinsen des bei der Landeskasse hinterlegten Betrages aber unter die Einnahmen der Anstalt in den Voranschlag aufgenommen werden.

Der erste Antrag rechtfertigt sich von selbst, weil eine jede solche Anstalt, die einen Ertrag abwerfen soll, eine genaue Rechnung führen muß, in welchem Verhältnisse ihre Erträge zu dem Kapitale stehen.

Der 2. Antrag schien der Kommission vollständig gerecht und billig, weil die Zinsen von der baaren Abfuhr im Landesfonde verrechnet werden können, es aber ein Vermögen des Zwangsarbeitsfondes ist und es daher auch in den Einnahmen desselben erscheinen soll, als ein eigenes Vermögen der Anstalt und weil dann auch der Zuschuß von Seite des Landesfondes hiedurch etwas geringer wird.

Nám. mars. dr. Bělský čte:

Zemskému výboru se ukládá, pečovali o to, aby základní a tovární kapitál zemské káznice sumou 27.788 zl. 91 kr. — z něhož jest 17.835 zl. 30 kr. v hotovosti uloženo v pokladně zemské, zbytek pak 9933 zl. 61 kr. dílem co kasovní hotovost, dílem co aktivní pohledávka na režii, pak co materiál a předměty inventární a nástroje v ústavu se nachází — k tomu konci, aby zachován byl co kapital tovární i aby veden byl v rádném přehledu, účtován byl samostatně u správy továrny, úroky pak ze sumy, u pokladny zemské uložené, ač bude-li jakých, aby vzaty byly do rozpočtu mezi příjmy ústavu.

Wünscht Jemand das Wort über diesen Antrag? Ich bitte diejenigen Herren, die demselben zustimmen, die Hand aufzuheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Berichterstatter Hofrath Taschek liest:

§. 2.

Der Landesauschuss wird aufgefordert, die Direktionen der Irren-, Gebär- und Findelanstalt, dann der Bureaus der Landesadministration zu verhalten, nach Thunlichkeit der Zwangsarbeitsanstalt durch Bestellungen und Abnahme ihrer Erzeugnisse in Leinen- und Baumwollwaaren, Schuster-, Tischler-, Schneider- und Seilerarbeiten zu beschäftigen; die Zwangsarbeitsanstalt aber anzuweisen, ihre Arbeiten dem Bedarfe der Landesanstalten entsprechend einzurichten, und auch im Preise die Konkurrenz mit anderen Erzeugern zu halten.

Der Antrag wird gestellt um ein größeres Erträgniß der Arbeiteranstalt zu ermöglichen insofern die Erzeugnisse derselben sich im Preise und in den Qualität billiger herausstellen und von den übrigen Landesanstalten ohne Benachtheiligung ihres Einkommens verwendet und abgenommen werden können.

Nám. mars. dr. Bělský čte:

Zemskému výboru se ukládá, aby direkce blázince, porodnice a ústavu nalezenců, jakož i kanceláře zemské správy přiměl k tomu, by, pokud možná, zaměstnávaly káznici objednaním a odbíráním jejich výrobků plátěných a bavlněných, jakož i prací ševcovských, truhlářských, krejčovských a provaznických; káznici pak má výbor zemský naříditi, aby práce své přiměřeně dle

potřeby ústavů zemských dodávala a také, co se ceny týče, v konkurenci s jinými výrobničky obstala.

Wünscht Jemand das Wort? Ich bitte diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichterstatter Hofrath Taschet liest:

§. 3.

Der Landesausschuß wird beauftragt, den Landtagsbeschuß wegen Einberufung einer Kommission zu einer entsprechenden Einrichtung der Anstalt, das ehestens in Ausführung zu bringen, lokale Uebelstände sofort zu beseitigen und seiner Zeit die weiteren Anträge dem Landtage vorzulegen.

Bei den traurigen Ereignissen des heurigen Jahres war es wohl nicht möglich, daß der Landesausschuß allen ihm gewordenen Aufträgen nachkommen konnte. In dieser Beziehung hat also die Kommission geglaubt, solche wiederholen zu müssen und zugleich den Landes-Ausschuß anzuweisen, lokale Uebelstände abzustellen, insofern dadurch nicht etwa besondere Ausgaben erforderlich werden und insofern es ohne Benachtheiligung des Landes-Einkommens und Voranschlages mehrere Uebelstände sogleich zu beheben möglich ist.

Náměstek maršálkův:

§. 3.

Zemskému výboru se ukládá, aby usnešení sněmovní v příčině svolání komise za účelem přiměřeného zařízení ústavu co nejdříve provedl, místní nedostatky ihned odstranil a časem svým další návrhy sněmu předložil.

Žádá si někdo slova?

Ich bitte diejenigen Herren, welche dem §. 3 zustimmen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Er ist angenommen. Nun gelangen wir zu Artikel 2 im Eingang. Nachdem die Einnahmen bereits festgestellt sind, so beantragt die Kommission, den Art. 2 dahin zu fassen (liest):

Art. II.

Durch die in diesem Voranschlage bei den Rubriken der einzelnen Fonds aufgeführten Einnahmen wird ein Betrag von 481.163 fl. ö. W. bedeckt.

Náměstek maršálkův:

Článek II.

Přijmy, uvedené v tomto rozpočtu při rubrikách jednotlivých fondů, uhrazují se výdaje sumou 481.163 zl. r. č.

Wünscht Jemand das Wort? Ich bitte diejenigen Herren, welche diesem Art. 2 zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Er ist angenommen.

Berichterstatter: Bei Art. 3 erlaube ich mir zu bemerken, daß in Folge des gestrigen Beschlusses, wodurch den nach dem Rechnungsrath Bernhardt hinterbliebenen Waisen der Erziehungsbetrag auf weitere drei Jahre, beziehungsweise bis zum Eintritte in den Genuß ihres Vermögens bewilligt worden ist, die Ausgaben um 180 fl. größer geworden sind, daher auch der Ab-

gang im diesen Betrag größer wurde. Der Art. 3 hätte daher zu lauten (liest):

Art. III.

Zur Deckung des Abganges von 1,707.015 fl. ö. W. wird ein Betrag von 225.601 fl. aus den disponiblen Kapitalien, dann der aus dem in der Sitzung vom 1. December 1866 beschlossenen Zuschlage von 10 Kreuzern von jedem Gulden der direkten Steuern ohne außerordentlichen Zuschlag mit 1,580.205 fl. angenommene Ertrag bestimmt.

Náměstek maršálkův:

Článek III.

Na uhrazení schodku 1,706.835 zlatých dovoluje se užiti 225.601 zl. z výdajných kapitálů a výnosu 1,580.205 zl. z přírázky přijaté v sezení dne 1. prosince 1866 s desíti krejčary z každého zlatého přímých daní bez mimořádné přírázky.

Wünscht Jemand das Wort? Ich bitte diejenigen Herren, welche dem 3. Art. zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Er ist angenommen.

Berichterstatter (liest):

Art. IV.

Die zur Ausgabe für das Jahr 1867 bewilligten, mit Ablauf desselben entweder gar nicht oder doch nicht vollständig verwendeten Beträge können auch noch im Jahre 1868 zu den, in den gegenwärtigen Beschlüssen vorgezeichneten Zwecken, und innerhalb der durch dieselben festgesetzten Ansätze verwendet werden, doch sind die dießfälligen Leistungen in der Rechnung für das Jahr 1868 dem Dienste des J. 1867 zur Last zuzuschreiben. Die Bewilligung der aber auch im Jahre 1868 nicht zur Verwendung gelangenden Beträge erlischt jedoch mit letztem December 1868 mit alleiniger Ausnahme jener Beträge, welche zur Bedeckung stehender Bezüge, wie: Gehalte, Pensionen oder Zinsen bestimmt sind.

Der Antrag wurde bereits vor einem Jahre vom h. Landtage zur Erleichterung der Rechnungsführung aufgenommen und zur Erleichterung der Administration von Seiten des Landesausschusses, weil es bei Bauten nicht immer möglich ist, daß der ganze Betrag noch innerhalb desselben Jahres ausgefolgt werde, sondern derselbe erst nach angenommenem Collaudirung erst im nächsten Jahre zur Zahlung kommt, wo es bei dem Landesausschusse sehr störend einwirken würde, wenn er für nicht vorgenommene, aber bewilligte Bauten neuerdings den Kredit, der doch bereits bewilligt wurde, ansuchen müßte.

Náměstek maršálkův:

Článek IV.

Peněz povolených na rok 1867, kterýchž by se do konce roku bylo hud částečně aneb docela neupotřebilo, může se upotřebiti též ještě roku 1867 k účelům těmito usnešeními předepsaným v mezích jimi ustanovených, leč musejí se výplaty takové připsati v účtech na rok 1868 na výlohy správy z roku 1867. Povolení však

peněz, kterých by se ani roku 1868 neupotřebilo, pozbývá platnosti posledním dnem prosince 1868, vyjmajíc toliko ony sumy, kteréž na uhrazení stálých výdajů, jako jsou služné, výslužné, úroky a t. p. ustanoveny jsou.

Wünscht Jemand das Wort über diesen Absatz? Ich bitte diejenigen Herren, die den Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Er ist angenommen.

Bericht-Erst! Dr. Laschek: Aus Anlaß der Erledigung des Voranschlags für das Jahr 1866 sind bei einzelnen Fonds mehrere Austräge und Aufforderungen an den Landesauschuß beschloffen worden, welche derselbe bei den eingetretenen Ereignissen, dieses Jahres nicht vollständig durchführen oder auch nicht einmal die Einleitungen zur Befolgung und Durchführung derselben hat treffen können. Da es der Kommission nicht angezeigt scheint, diese Beschlüsse noch einmal separat zu fassen, so erlaubt sich dieselbe zu beantragen: Den Landes-Auschuß aufzufordern, die bei der Erledigung des Voranschlags für das Jahr 1866 beschloffenen Aufforderungen und Aufträge, so weit solche im Laufe des Jahres 1866 nicht in Vollzug gesetzt wurden, im Jahre 1867 in Vollzug zu bringen.

Náměstek maršálkav: Zemský výbor má býti vyzván, aby rozkazy, které obdržel při vyřízení rozpočtu na rok 1866, rozkazy, které až dosud nebyly provedeny, aby je v roce 1867 provedl.

Wünscht Jemand das Wort über diesen Antrag? Ich bitte diejenigen Herren, die demselben zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Er ist angenommen.

Berichterstatter Ernst Dr. Laschek: Bei der Dringlichkeit des Gegenstandes und da der Budgetkommission vom h. Landtage das Vertrauen geschenkt wurde, daß alle ihre Anträge mit Ausnahme eines einzigen angenommen worden sind, und auch bei dem nur ein Theil abgelehnt worden ist, der sich nicht auf die Ziffer bezieht, erlaube ich mir den Antrag zu stellen: Ein h. Haus wolle in die 3. Lesung der beschloffenen Anträge, bezüglich der Erledigung des Voranschlags für das Jahr 1867 eingehen und z. um Zeit zu gewinnen, ohne in die neuerliche Ableseung derselben einzugehen, dieselben annehmen.

Nám. maršálka: Budgetní komise, vlastně pan zpravodaj ponavrhuje, aby usnešení bylo přijato dnes v třetím čtení, aby se mohlo provésti dnes 3. čtení všech usnešení stran rozpočtu na rok 1867.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Ich bitte diejenigen Herren, welche dafür sind, daß heute die 3. Lesung der gefassten Beschlüsse vorgenommen werde, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ist angenommen.

Nun stelle ich die weitere Frage: diejenigen Herren, welche dafür sind, daß ohne weitere Verlesung der gefassten Beschlüsse in Betreff des Bud-

gets für das 1867 alle gefassten Beschlüsse in 3. Lesung angenommen werden, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ist angenommen.

Somit ist das Budget vollständig erledigt.

Bericht-Erstatte Doktor Laschek: Es sind noch einzelne Nachträge zum Budget, die aber auf die Ziffer selbst keinen Einfluß äußern dürften und die betreffenden Referenten werden sie nach der bisherigen Übung und Gepflogenheit mit dem schriftlichen Referate, wie bei den Petitionen, vorzutragen die Ehre haben.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Herr Wolfrum!

Wolfrum: Der Budget-Kommission ist der Bericht des Landesauschusses betreffend die Herstellung der Kronkammer in der Prager St. Wenzelskapelle zur Aufbewahrung der Reichskleinodien zur Behandlung zugewiesen worden. Der bezüglich Bericht lautet:

Hoher Landtag!

Aus Anlaß der Ueberführung der Reichskleinodien aus ihrem seitherigen Aufbewahrungsorte in der St.-Wenzelskapelle des Prager Domes nach Wien hat es sich gezeigt:

daß dieses Lokale sich in einem Zustande befunden hat, der keineswegs der ehrwürdigen bedeutenden Widmung entspricht, zu dem jeder Einrichtung entbehrt, welche bei der kommissionellen Besichtigung, bei Erhebung und Uibernahme der unter dreifacher Sperre stehenden Reichskleinodien unumgänglich nothwendig ist. Dem Landesauschußspräsidentium erschien es als eine durch die Würde des Landes unabweislich gebotene Forderung eine entsprechende Herstellung des Lokales selbst und die Beschaffung der nothwendigsten mit dem Charakter und der Widmung desselben übereinstimmenden Einrichtungstücke, die sich auf einen Schrein (statt des bisherigen kleinen Kastens) für die Aufbewahrung der Reichskleinodien selbst, auf einen Tisch und 8 Stühle zu beschränken hätten, zu veranlassen und dasselbe wendete sich an den Dombau-Verein mit dem Ansuchen einen Projekt samt Kostenüberschläge über diese Herstellung zu verfassen und seiner Zeit auch die Durchführung derselben, falls sie bewilligt würden, zu übernehmen.

Dieser Aufforderung kam der Dombauverein auch bereitwillig nach und hat die Kostenüberschläge über die nothwendigen baulichen Herstellungen und über die Herstellung der Thüre schon im Monate September, die Entwürfe und Ueberschläge über die polichrome Ausstattung der Kronkammer, für den neuen Schrein zur Aufbewahrung der Reichskleinodien und für die anpassenden Möbeln der Kronkammer im vorigen Monate vorgelegt.

Dieser Bauherstellungen, welche zur sichern Aufbewahrung der Kroninsignien sich als nöthig dargestellt haben, ließ der Landesauschuß, da er für die sichere Aufbewahrung der Reichskleinodien verantwortlich ist, auf Landeskosten herstellen, nemlich die Reparatur am Dache mit einer Auslage von 144 fl. 83 kr. und die Herstellung des Mauer-

werkes im Innern der Kronkammer mit einer Auslage von 116 fl. 25 kr. Dest. Währ.

Da überdies die Thüre, welche von der Wenzelskapelle zum fraglichen Aufbewahrungsorte führt, nach den vom Landesbauinspektor Brust gemeinschaftlich mit dem Dombaumeister Kranner und dem Schlossermeister Schwib gepflogenen Erhebungen, trotz der 7 Schlösser so mangelhaft geworden ist, daß sie gegen einen Einbruchversuch gar keine Sicherheit gewährt, so hat der Landesauschuß auch eine neue Thüre nach dem vom Dombaumeister Kranner verfaßten Entwürfe mit dem Kostenaufwande vom 674 fl. auch bereits bestellt, der Landesauschuß hielt sich um so mehr verpflichtet, dieses zu verfügen, weil die Reichskleinodien sonst für den Fall, daß eine weitere Ausstattung der Kronkammer nicht stattfinden sollte, in diesen Aufbewahrungsort gar nicht wieder hätten gebracht werden können.

Was die übrigen Herstellungen betrifft, so hat der Dombaumeister Kranner die Kosten,

1. für die polichrome Ausstattung der Kronkammer mit 1762 fl.
 2. für den neuen Schrein zur Aufbewahrung der Reichskleinodien mit 2490 fl. und
 3. für die neu anzuschaffenden Möbeln der Kronkammer mit 156 fl.
- also im Ganzen mit 4408 fl.

veranschlagt.

Da nun die Würde des Landes erfordert, daß die Reichskleinodien auf einem ihrem Werthe als Symbol der Regierung angemessenen Ort verwahrt und diese Herstellungen im Baustyle der Domkirche ausgeführt werden, so erlaubt sich der Landesauschuß den Antrag:

Der hohe Landtag wolle:

- a) den vom Landesauschusse getroffenen Verfügungen seine Zustimmung ertheilen, und
- b) die Ausführung der von dem Baumeister Kranner verfaßten Projekte zur Ausstattung und Einrichtung der Kronkammer mit einem Kostenaufwande von 4408 fl. bewilligen und diesen Betrag nachträglich im Budget für das Jahr 1867 einbeziehen.

Die Kommission hat diesen Bericht geprüft und berichtet darüber folgendes:

Hoher Landtag!

Der vorliegende Bericht des L.-A. vom 28. November 1863, J. 15444, welcher der Budget-Kommission unter dem 10. Dezember 1866, Zahl 124 B. zur Behandlung zugewiesen wurde, berichtet die mangelhafte und der Würde des Landes nicht entsprechende zeitliche Aufbewahrung der Reichskleinodien, zeigt an, was verfügt werden mußte, um die unumgängliche Sicherheit sofort herzustellen und verlangt sowohl für das verfügte als auch für dasjenige, welches er für die würdige Ausstattung des Aufbewahrungsortes für nothwendig hält die Genehmigung des h. Landtages.

Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß es die Pflicht des L.-A. ist, für die Sicherheit der Aufbewahrung der ehrwürdigen Reichskleinodien unter allen Umständen zu sorgen wird demgemäß die Verausgabung von 144 fl. 83 kr. für Reparatur und 116 fl. 25 kr. für Mauerarbeiten die volle Rechtfertigung bei Prüfung des Rechnungsabchlusses pro 1866 finden.

Der Kostenaufwand für die nothwendige Thüre mit 674 fl. und der übrigen Herstellungen und Anschaffungen im Betrage von 4408 fl. ist allerdings etwas hoch, in Berücksichtigung jedoch, daß die Harmonie mit dem Baustyle des althehrwürdigen Domes festgehalten und die Würde gewahrt werden muß, will keine Einwendung erhoben, und nur die Erwartung ausgesprochen werden, bei Einhaltung des Boranschlages eine dem hohen Zwecke auch vollkommen entsprechende Restauration ausgeführt zu sehen.

Die Ausführung dieser Arbeiten in den Landesvoranschlag kann einen Widerspruch nicht finden, nur dürfte dieselbe erst im Jahre 1868 möglich sein, wenn nicht durch eingetretene Ersparniß einer andern Seite die Bedeckung im Jahre 1867 thunlich wird.

Die Budget-Kommission beantragt daher:

Hoher Landtag wolle beschließen:

a) Die vom L.-A. in der S. Wenzels-Kapelle veranlaßten Bauberstellungen, sowie die Anschaffung einer neuen Thüre zu dem Aufbewahrungsorte der Reichs-Insignien werden gut geheßen, im Gesamtbetrage von 935 fl. 8 kr.

b) Die Ausführung der von dem Dombaumeister Kranner verfaßten Projekte zur Ausstattung und Einrichtung der Kronkammer mit einem Kostenaufwande von 4408 fl. wird bewilligt und der Landesauschuß ermächtigt, diesen Betrag zu verwenden, wenn auf einer andern Seite des Budgets 1867 ein Ersparniß eintritt.

Sněm. sekr. Schmidt čte: Budgetni komise čini návrh:

Slavný sněm račiž uzavřiti:

a) rozpočtený náklad na výstavnosti v svato-václavské kapli u sv. Váta nařízení, jakož i na zařízení nových dvéří k síni, v nichž uschovány jsou klenoty říšské koruny české, schválně se 935 zl. 8 kr.

b) Provedení projektu na úpravení a zařízení síně, v níž jest koruna uschována, povoluje se sumou 4408 zl. v tom případě, když by v rozpočtu zemském na rok 1867 docíleno bylo úsporné sumy.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Wünscht Jemand das Wort über den Antrag der Budget-Kommission?

Wenn dies nicht der Fall ist, bringe ich die Anträge —

Wünscht Jemand das Wort? Da sich Niemand zum Worte meldet, werde ich die Anträge, die eben vorgelesen wurden, zur Abstimmung bringen.

Jch bitte diejenigen Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichterst. Abg. Wolfrum: Der Budget-Kommission ist weiter ein Gesuch der Diurnisten-Witwe Pyro um Verleihung einer Gnadengabe zugekommen. Die Budget-Kommission erstattet darüber nachfolgenden Bericht: liest: (Oberstlandmarschall übernimmt den Vorfig.)

Hoher Landtag!

Franziska Pyro, Witwe nach dem Registratur-Diurnisten Wenzel Pyro bittet in einer an den L.-A. gerichteten Eingabe vom 16. November 1866 J. 14381 um eine Gnadengabe.

Sie unterstützt diese Bitte durch ihren in einem ärztlichen Zeugnisse bestätigten schlechten Gesundheitszustand, der sie zu einem Erwerbe unfähig macht, und weist durch Zeugnisse nach, daß ihr verstorbener Gatte 23 Jahre und 7 Monate mit guter Aufführung im k. k. Militär gedient habe. Seit dem Jahre 1842 bis 1857 wurde der verstorbene Wenzel Pyro als Diurnist bei dem Wirthschaftsamt der Landesgüter und dann bis August 1866 in gleicher Eigenschaft in der Registratur angeblieh verwendet.

Der L.-A. legt in seiner an das hohe Landtags-Präsidium gerichteten Zuschrift vom 5. Dezbr. 1866, J. 14,381, welche unter dem 17. Dezbr. 1866, J. 143 Ab. der Budget-Kommission zugewiesen wurde, die Bitte der Franziska Pyro mit dem einfachen Bemerkten vor, daß er sich jeden Antrages enthalte, nachdem es sich um eine reine Gnadenfache handelt.

Das in der letzten Sessjon vom h. Landtage beschlossene Pensions-Normale enthält über die Verleihung von Gnadengaben, Provisionen oder Pensionen an Diurnisten-Witwen keine Bestimmung und kann daher auf die Verleihung einer Gnadengabe an die Witwe Franziska Pyro nicht eingetrasen werden, vielmehr wird beantragt:

Hoher Landtag wolle dem Gesuche der Franziska Pyro um Verleihung einer Gnadengabe keine Folge geben, dem L.-A. aber die Ertheilung einer einmaligen Unterstützung anheimstellen.

Snēm. sek. Dr. Seidl čte: Žadost Františky Pyro, vdovy po diurnistovy, aby jí udělen byl dar z milosti, se zamítá.

Zemskému výboru uděluje se moc, aby jí udělil přiměřenou podporu.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen?

Dr. Brauner: Jch bitte!

Oberstlandmarschall: Jch bitte, Herr Dr. Brauner!

Posl. Dr. Brauner: Já bych si dovolil za milostivý ohled na tuto rodinu se přimlúviti.

Znal jsem toho člověka a měl jsem příležitost jej po více let pozorovati a odvolávám se na svědectví všech ostatních úředníků zemského výboru, že ten člověk byl jeden z nejpilnějších, a ačkoliv nebyl úředníkem, nýbrž jen diurnistou, měl ten člověk skutečně až do svého stáří velikou

pilnost, seděl takřka přikován celý den a vypo-máhal v každém ohledu.

Jestli-že může býti nějaká řeč, aby se z milosti podpora udělila jeho pozostalým, tedy bych za to prosil, poněvadž mohu doložit, že ta rodina toho nejen velmi potřebuje, ale i zaslужuje. (Hlas: učinite návrh!)

Já činím návrh, aby jí bylo dáno 60 zl. ročně, to jest 5 zl. na měsíc, jest to takřka chudá penze.

Oberstlandmarschall: Jch bitte den Antrag zu formuliren.

Posl. Jindra: Prosim o slovo!

Oberstlandmarschall: Jch bitte, es aufzuschreiben.

Dr. Bělský: Der Abg. Herr Dr. Brauner beantragt, es möchte der Gesuchstellerin eine jährliche Gnadengabe von 60 fl. bewilligt werden, nämlich der Diurnisten-Witwe Pyro.

Snēm. sek. Schmidt čte: Dr. Brauner činí návrh:

Slavný snēm račiz uděliti vdově po diurnistovy Pyrovì dar z milosti ročních 60 zl.

Pater Jindra: Já též přisvědčuji návrhu Dr. Braunera, a to z té příčiny, poněvadž znám tu vdovu, jest již po delší čas opravdově nemocna a stálou chorobou stížena, a tudíž z cela neschopna, aby si něčeho vydělati mohla. Pročez snažně prosím, kdyby slavný snēm ráčil milostivě přizvukovat návrhu Dr. Braunera.

Der hohe Landtag wolle der Bittstellerin, Witwe nach dem Diurnisten Pyro eine Gnadengabe von jährlichen 60 fl. bewilligen.

Oberstlandmarschall: Wird der Antrag unterstützt? Er ist unterstützt. Wenn Niemand mehr das Wort begehrt, werde ich dem Herrn Bericht-erstatter, wenn er es wünscht, das Schlüßwort geben. Die Debatte ist geschlossen. Bitte.

Abg. Wolfrum: Trotz der zahlreichen Unterstützungen bin ich doch gezwungen, im Namen der Budgetkommission mich gegen diesen Antrag auszusprechen. Auch in der Kommission wurde hervorgehoben, daß es vielleicht der Billigkeit angemessen wäre, dieser Witwe, deren Mann so treu und redlich gedient hat, eine Gnadengabe zu verleihen.

Die Budgetkommission muß sich aber streng innerhalb derjenigen Normen halten, welche der hohe Landtag für Pensionen und Gnadengaben bestimmt hat. Wenn nun diese Bestimmung erst im vorigen Jahre dahin ergangen ist, daß für Witwen von Diurnisten weder eine Gnadengabe, noch Pension, noch eine Provision zu verabsolgen sei und dieses für angemessen gehalten wurde, so konnte die Budgetkommission unmöglich in der nächsten Sessjon von dieser Bestimmung abgehen und dem Landtag einen geänderten Antrag unterbreiten. Die Kommission hat geglaubt, der Billigkeit gegen die arme Frau dadurch gerecht zu werden, daß sie es dem Landesauschusse anheimstellte, aus derjenigen Position, welche ihm in der Rubrik „Verwaltungsaus-

lagen“ zu Gebote steht, der Witwe eine Unterstützung verabreichen zu können.

Der Landesausschuß hat für Unterstützungen und Krankheitsauslagen eine Summe von 3000 fl. in der Position „Verwaltungsauslagen“ eingestellt. Findet er es nun für angemessen, der Witwe irgend eine Unterstützung zu verleihen, kann er dieses aus dieser Petition machen.

Wenn aber Witwen von Beamten, welche noch nicht zehn Jahre gedient haben, mit einer Abfertigungssumme ein für allemal theilhaft werden und keine Pension erhalten, so finde ich es der Billigkeit angemessen, daß bei Witwen von Diurnisten das nämliche der Fall ist, muß daher bei dem Kommissionsantrage beharren und bitte daher um Annahme desselben.

Se. Exc. Statthalter Graf Rothkirch-Panthen: Ich bitte um's Wort zu einer faktischen Berichtigung. Ich muß als früherer Oberstlandmarschall den Bemerkungen des Herrn Berichterstatters widersprechen, daß der Landesausschuß befugt sei, aus dieser Dotation Unterstützungen zu gewähren, ich glaube, das liegt nicht in seinen Befugnissen und es würde sogar von der Budgetkommission wahrscheinlich beanstandet werden.

Oberstlandmarschall: Ich habe vorhin daselbe bemerken wollen, daß es von meinem Standpunkte aus nicht zweckmäßig erscheint, dem Landesausschuße die Ermächtigung zu erteilen, daß er das, zu anderen Zwecken präliminirte, zur Bestreitung anderer Sachen verwendet. Die Verwaltungsauslagen sind nicht dazu bestimmt, Gnadengaben zu geben, also dem Landesausschuße zu sagen, er könne die Verwaltungsauslagen diesmal zu einem andern Zwecke verwenden, würde für die Zukunft Konsequenzen herbeiführen, bei welchen der Landesausschuß einer andern neugewählten Budgetkommission gegenüber in Verlegenheit gerathen würde. Ich muß offen gestehen, daß der Landesausschuß von so einem Rechte, wenn man ihn dazu ermächtigt, wird Gebrauch machen. Ich halte nur dafür, daß das etwas ist was zu Konsequenzen führt, wenn man bezüglich einer Dotation, die eigentlich zu einem andern Zwecke bestimmt ist, dem Landesausschuße die Ermächtigung gibt, diese Dotation zu etwas Anderem zu verwenden, als eigentlich streng genommen sein soll. Ich habe mich genötigt gesehen, diese Bemerkungen als Vorsitzender des Landesausschusses zu machen, die auch mein Herr Vorgänger im Amte gemacht hat. Übrigens ist der Landtag darin ganz unabhängig und wenn er den Landesausschuß ermächtigt, so wird der Landesausschuß auch dieser Ermächtigung folgen.

Berichterstatter Wolfrum: Das, was ich erwähnt habe, daß diese 3000 fl. in den Verwaltungsausgaben „für Krankheitsaushilfen und Unterstützungen“ eingestellt sind, beruht eben auf dem Budget. So steht es wörtlich in dem Budget für „Krankheitsaushilfen und Unterstützungen.“ Wie aber diese Unterstützungen verwendet werden, darauf kann von der Budget-Kommission niemals Einfluß genommen wer-

den, das ist eben dem Landesausschuße anheimgestellt. Ich betone ausdrücklich, daß es im Budget heißt: „Unterstützungen,“ ich war daher meiner Meinung nach im Rechte, zu sagen, daß der Landesausschuß dieses Geld für Unterstützungen zur Verfügung habe. Die Budget-Kommission hat auch nicht die Absicht gehabt, den Landesausschuß zu ermächtigen, eine permanente Gnadengabe zu erteilen, sondern aus dieser Position eine Unterstützung zu verabsolgen.

Oberstlandmarschall: Ich werde zuerst den Abänderungsantrag zur Abstimmung bringen und dann den Antrag der Budget-Kommission. Ich bitte diejenigen Herren, welche für den eben mitgetheilten Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Braunner stimmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Ich bitte, aufzustehen. (Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Die Majorität war für den Antrag.

Hat die Budget-Kommission noch etwas vorzutragen? Hr. Prof. Schrott!

Prof. Schrott liest: Hoher Landtag! Der Budget-Kommission wurde unter Landtagszahl 81 ein Gesuch der Oberin der Kongregation vom heil. Karl Boromäus um eine Erleichterung in der Rückzahlung ihrer an den Landesfond noch ausstehenden Darlehensschuld zugewiesen. Die Kongregation hat mit Bewilligung des Ministeriums des Innern vom 13. Juni 1856 Z. 5306 einen unverzinslichen in 10 Jahresraten zurückzahlenden Vorschuß von 20.000 fl. C. M. oder 21.000 fl. ö. W. zu einem Erweiterungsbau ihres Mutterhauses und mit Bewilligung desselben Ministeriums vom 18. Juni 1859 Z. 10604 einen gleichfalls unverzinslichen und in 10 Jahresraten zurückzahlenden Vorschuß von 20.000 fl. ö. W. zur Herstellung der für die überkommene Findelkinderverpflegung nothwendigen Baulichkeiten in Repp erhalten.

Auf ersteren Vorschuß hat die Kongregation seither 9 Jahresraten à 1200 fl. ö. W., auf letzteren Jahresraten à 2000 fl. ö. W. zurückgezahlt, so daß mit Schluß des Jahres 1866 auf erstern Vorschuß noch..... 2100 fl. C. M. und auf letztern 12000 fl. „ zusammen 14100 fl. C. M.

ausstehen.

Die Kongregation hatte auf beide Vorschüsse zusammen jährlich 4100 fl. zurückzahlen und bis jetzt auch wirklich gezahlt.

Die Oberin führt in ihrem Gesuche an, daß die Kongregation in den letzten Jahren mehrere unvorhergesehene Auslagen gehabt, und daß die diesjährigen Kriegsereignisse viele ihrer Fiskalhäuser hart betroffen und mit empfindlichen Schäden heimgesucht hat, und ihr daher die gleichzeitige Leistung so bedeutender Rückzahlungen außerordentlich hart fällt und fast unerschwinglich ist. Mit Hinweisung auf diese bedrängte Lage bittet die Oberin: Der hohe Landtag geruhe mit Rücksicht auf die schon geleisteten bedeutenden Rückzahlungen der Kongrega-

tion für die noch rückständigen Ratenzahlungen eine Erleichterung der Art zu gewähren, daß die jährlichen Raten mit der Hälfte der bisherigen d. i. mit 1050 fl. und 1000 fl. bis zur völligen Tilgung des Vorschusses bemessen werden möchten.

Die Budget-Kommission hält das Gesuch einer Berücksichtigung des h. Landtages würdig und glaubt, daß der Kongregation unter den angeführten Verhältnissen die Zahlung jährlicher 4100 fl. wirklich drückend sein kann; meint aber, eine Erleichterung in der Art, daß fortan die Hälfte der seither jährlich geleisteten Gesamttraten statt jährlich 4100 fl. nur 2050 fl. zu zahlen wären, sei vollkommen genügend und erlaubt sich daher den Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Kongregation der barmherzigen Schwestern vom heil. Karl Boromäus wird bewilligt, den mit Ende 1866 bestehenden Schuldrest von 14100 fl. in Jahresraten und zwar in den Jahren 1867 und 1868 von je 2050 fl. ö. W. und in den folgenden Jahren bis zur gänzlichen Tilgung der Schuld in Jahresraten von je 2000 fl. ö. W. an den böhmischen Landesfond einzuzahlen. —

Sněm. sekr. Schmidt čte: Budgetní komise činí návrh: Slavný sněm račič se usnešti takto: kongregaci milosrdných sester povoluje se, aby splatila zbytek dluhu 14100 zl., koncem roku 1866 vybývající, českému fondu zemskému v ročních lhůtách a to:

v roce 1867 a 1868 po 2050 zl. r. č. a v příštích pak letech až do splacení dluhu v ročních lhůtách po... 2000 zl. r. č.

Se. Eminenz Kardinal-Erzbischof: Ich bitte um das Wort. Ich erlaube mir, den Antrag der Kommission zu unterstützen.

Die Kongregation hat Rückzahlungen an den Landesfond zu leisten für jene Vorschüsse, die sie empfangen hat, zu Gunsten des Baues im Mutterhause und zu Gunsten des Baues in Repy, wenn ich richtig verstanden habe.

Beide Häuser, bitte ich, nicht so sehr als Privatankalten zu betrachten, sondern ausbilsweise als Landesankalten.

Es ist bekannt, daß im Mutterhause, das ist das Gebäude der barmherzigen Schwestern auf der Kleinfseite am Fuße des Laurenziberges, daß daselbst viele Kranke verpflegt werden, welche, statt im allgemeinen Krankenhause aufgenommen werden zu können, dahin gewiesen werden; es ist also das dortige Spital, das Mutterhaus, subsidiarisch allgemeines Krankenhaus. Repy ist ein Unterstand für weibliche Sträflinge, somit gleichfalls eine Landesankalt. Ich bitte also, von diesem Standpunkte aus, indem hiermit nur Landesankalten unterstützt werden, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen? Ich bitte diejenigen Herren, die für den Antrag der Kommission sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Er ist angenommen. Herr Stadkowsky!

Dr. Sladkovský: Pod čísly sněmovními 145 a 146 přikázány jsou budgetní komisi dva předměty, které se týkají požadavků českého fondu domestikálního na vysoký erár, na pokladnici státní a o kterých byla v této sněmovně již v dřívějších zasedáních řeč. První takový požadavek, obnášející částku 250.718 zl., bankovní valuty pochází s proměny bývalých domestikálních obligací v obligace čili dluhopisy státní a vede se již od roku 1825 v jeho prospěch při depositní státní pokladně po dnešní den.

Za tou příčinou, jak známo, byl zemský výbor vyzván, aby o vymození tohoto požadavku a o zaplacení jeho se postaral. Na to však přišlo dobré zdání finanční prokuratury, které v hlavní věci podstatnost upírá, především tím, že prý požadavek onen na depositní kase státní veden jest jen omylem a chybně, a že za tou příčinou nemá žádného dalšího požadavku, zejména za tou příčinou také že prý zemský výbor již sám rádně roku 1835 tuším, kvitoval státní pokladnici, že tedy z této záležitosti nemá žádný víc co požadovat.

Věc ale na vzdor tomu není nejen pochybná, ale zdá se spíše, že požadavek domestikálního fondu posud jest v platnosti, a že pochází odtud, že při zlosování bývalých obligací, čili dluhopisů státních, které v první řadě dostal domestikální fond od vlády co půjčku, kterou ji učinila z těch peněz, kterými měl domestikální fond obligace splatiti, byly dvě vylosovány a sice jedna z nich roku 1824 a druhá roku 1834, z nichž pro domestikální fond vznikl přebytek.

Tyto přebytky se udály a měly se tenkrát domestikálnímu fondu odvésti.

Od té doby ale nestalo se to, a věc, poněvadž v takové pochybnosti jest, odevzdána byla budgetní komisi; ta ale nemohla v poslední týden, v posledních dnech do porady se pustiti, a za tou příčinou jest to nevyhnutelná potřeba, aby, kdyby se to mělo státi, vyžádala dříve dobré zdání právního zástupce.

Nevidělo se budgetní komisi za tou příčinou záhodno, aby v této záležitosti co do věci samé něčeho ustanovila, ale usnesla se, že navrhne, aby záležitost tato vrácena byla zemskému výboru s poukázáním, aby zemský výbor dříve zaopatřil dobré zdání právního zástupce a přiměřený návrh v budoucím zasedání sněmu zemského opět předložil.

Tímž způsobem vyřídila budgetní komise druhou záležitost, kteráž se týká příjmů, kteréž zemský domestikální fond má vykázané a měl dosud vypláceny, že státní pokladnice pod jmenem equivalentů za zrušení nevolnictví a pod jmenem equivalentu z přírážky z daně z dobytka.

Obnáší oba tyto equivalenty dohromady asi 70 tisíc.

O tomto equivalentu se ve vysoké sněmovně také již jednou jednalo, a poněvadž vláda další

vyplacení tohoto equivalentu také v pochybnost uváděla, bylo již jednou slavným sněmem zerašskému výboru nařizeno, aby právo demostikalního fondu na tyto equivalenty obhájil.

Zemský výbor tak učinil a v dřívějším zasedání již jednou bylo oznámeno vyřízení finančního ministra v této záležitosti, dle kteréž se zdálo, že vláda právo demostikalního fondu na tyto equivalenty dále v pochybnost bráti nebude.

Nyní ale nově přišel příspěj od zdejšího finančního ředitelstva, kterým se oznamuje, že finanční ministr nařídil vyplacení tohoto equivalentu za měsíce listopad a prosinec roku 1866, a že zároveň se oznamuje, že finanční ministr nařídil, aby celá věc ještě jednou byla vyšetřována, a poněvadž by se snadno mohlo prý státi, že následkem toho vyšetřování další placení tohoto equivalentu z pokladnice státní by se mohlo zastaviti, upozorňuje se zároveň zemský výbor, aby zřetel k tomu měl při sestavování rozpočtu zemského.

Tato věc v celku zdá se býti ještě méně pochybnou, nežli záležitost první, o kteréž jsem byl již mluvil.

Poněvadž vláda práva demostikalního fondu v pochybnost bře a již jednou za tou příčinou ve vysoké sněmovně bylo usnešeno, že pakli by bylo nevyhnutelně zapotřebi, zemský výbor i cestu soudní nastoupiti má, nestává nic jiného, kdyžby ve věci samé rozhodnouti se mělo, nežli podobné usnešení učiniti.

Budgetní komisi nezdálo se, aby v této záležitosti, co do věci, nějaký návrh činila, ale zdálo se jí záhodno, aby dříve v této záležitosti dobré zdání právního zástupce vyslyšeno a vyžádáno a na základě toho konečně nějaké usnešení učiněno bylo.

Za touto příčinou činí budgetní komise v obou zde podotknutých záležitostech následující společný návrh:

Vzhledem k předmětům budgetní komisi u č. 145 a 146 sn. přikázaným, z nichž první týká se vymožení požadavku per 250.718 zl. B. W. vedeného při státní depositní pokladně ve prospěch českého fondu demostikalního, druhý pak vztahuje se k obhájení práva českého demostikalního fondu na equivalenty za zrušení nevolnictví a za přírážku k dani z dobytka v roční částce 73.712 zl., dovoluje si komise navrhopat sl. sněmu, aby obojí zde vytknutá záležitost vrátila se zemskému výboru s poukázáním, aby tento v obojí této záležitosti opatřil dobré zdání právního zástupce a na základě toho sl. sněmu v příštím jeho zasedání přiměřené návrhy na konečné o tom usnešení předložil.

Bezúglid der, der Budgetkommission unter Nr. 145, 146 Bdtg. zugewiesenen Verhandlungsstücke, wovon ersterer die Ausfolgung der im Passivstande der Staatsdepositenkassa angeführte Schuld per 250.718 fl. B. W. an den böhm. Domestikalfond

und letzterer die Geltendmachung des Rechtsanspruches des böhm. Domestikalfondes auf die, unter dem Namen der Leibeigenschaft und Viehauffschlagäquivalentes von dem h. Aerrat zu leistenden Beiträge jährlicher 73.712 fl. zum Gegenstande hat, erlaubt sich die Kommission, dem h. Landtage zu beantragen:

„Die beiden in Rede stehenden Verhandlungsstücke sind an den h. Landesausschuß mit der Weisung zurückzuleiten, derselbe habe über beide hier erwähnte Verhandlungsgegenstände das Gutachten des Rechtsanwaltes einzuholen und auf Grund dessen dem h. Landtage in der nächsten Session die geneigten Anträge zur Beschlussfassung vorzulegen.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? Wenn nicht, so bitte ich diejenigen Herren, welche mit dem Antrage der Budget-Kommission einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschichte, angenommen.)

Ich bitte, Herr Abg. Tomek!

Poslanec Tomek:

Slavný sněme!

Při vyřízení rozpočtu na rok 1866 uložil sl. sněm výboru zemskému, aby, co se týče poplatku hudebního zvláštního přičinil se o výdatnou kontrolu, i aby se vynasazil o to hned při úředním řízení, zavedeném o témž předmětu od c. k. místodržitelství již roku 1865.

Při tomto úředním řízení navrhlo c. k. místodržitelství, aby se k dosažení žádoucí oné kontroly povolení k hudbám tanečným na venkově udělovalo řezanými bolletami, tak jak se děje v Praze. Poněvadž však poměry na venkově jiné jsou než v Praze a sice proto, že se hudebné na venkově platí jen z hudeb, při kterých se vybírá určité vstupné, v jiných však případnostech nic; zdali pak vstupné vybíráno bylo, nedá se navrženým prostředkem kontrolovati: shledal výbor zemský, že by prostředek ten neprošel, ano vydáváním řezaných bollet jen nové útraty by se způsobil. Výbor zemský vyslovil tedy zdání své, že se lepší výnos hudebního dá docíliti jen změnou způsobu vybírání neb jiným vyměřením toho poplatku, prostředkem zákonodárství zemského a učinil návrh: aby slavný sněm záležitost, týkající se hudebního zvláštního, poručil komisi 9ti členů, volené od 3 kurií rovným počtem z celého sněmu. Komise nad rozpočtem, již záležitost tato k jednání přikázána byla, přistupuje k tomuto návrhu.

Die Budgetkommission tritt dem Antrage des Landesausschusses bei, es möge die Angelegenheit betreffs der Sicherung des Ertragnisses des besondern Musikalimpost an eine durch 3 Kurien aus dem ganzen Landtag zu wählende Kommission aus 9 Mitgliedern gewiesen werden.

Abg. Schrott: Ich bitte um das Wort. In der Budgetkommission wurde der Beschluss gefasst, dem vom Landesausschuß gestellten Antrage auf die Wahl einer Kommission beizustimmen, zu einer

Zeit, wo man noch nicht sicher war, daß der Landtags-Sessions-Schluss so rasch herbeikommen werde. Es haben sich seitdem die Verhältnisse geändert, und ich glaube daher nicht, gegen die Budgetkommission direkt zu sprechen, wenn ich einen andern Antrag als den jetzt vorgebrachten stelle, obwohl ich selbst ein Mitglied der Budgetkommission bin. Ich glaube, wenn jetzt eine Kommission gewählt werden soll, zur Berathung des Gegenstandes, da morgen der letzte Sitzungstag ist, so wäre dies gewiß wenigstens unnütz, mindestens gesagt. Ich glaube daher, daß die Angelegenheit wegen der Herstellung einer besseren Kontrolle bei der Gebahrung der Musikalimpost an den Landesausschuss zurückgewiesen werde, und namentlich in der Richtung, ob denn nicht doch, wie im vorigen Jahre der Auftrag erflossen war, ob denn nicht doch eine bessere, sicherere Kontrolle hergestellt werden könne, in reisliche und nochmalige Erwägung zu ziehen, und darüber dem h. Landtage in der nächsten Session Anträge zu erstatten.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen?

Abg. Graf Cernin: Wenn ich den Antrag meines Herrn Vorredners genau verstanden habe, so geht der Antrag dahin, daß bloß die Frage wieder in Ueberlegung gezogen werden solle, ob und welche Kontrolle einzurichten sei. Es scheint mir, daß der h. Antragsteller den Landesausschuss nicht ermächtigen will, einen Antrag über die Aenderung des Steuergesetzes (Musik: auch!) zu stellen.

Denn nach meiner Ueberzeugung ist die Kontrolle, so wie es auch im Berichte angegeben ist, rein bei der besonderen Musikalimpost unausführbar, denn der Punkt, welcher entscheidet, ob ein besonderer Musikalimpost gezahlt werde, liegt darin, ob ein Eintrittsgeld, ob ein Entrée gezahlt werde, wenn man das Lokal betritt, oder ob die Tanzenden die Musikanten selbst für ihre Belustigung zahlen. Diesen Umstand zu konstatiren ist ungeheuer schwer. Ich bin fest überzeugt, es wäre nur möglich, durch eine Ueberwachung im Lokal. Wenn der Wirth sagt, ich gebe eine Musik, so sagt er nicht, daß er das Geld für die Musikanten zahlt; und, wie kann man erwarten, daß der Ortsvorsteher darüber sich in eine Ueberwachung einlassen, in welcher Art diese Musikanten gezahlt werden. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß der Grund, warum der Musikalimpost alle Jahre abnimmt, eben der ist, weil der Wirth erklärt, es werde für die Musik nicht Entrée gezahlt, und es kann daher kein besonderer Musikalimpost erhoben werden. Also eine Kontrollmaßregel in dieser Art und Weise ist, wie der Landesausschuss berichtet, nach meiner Ueberzeugung ganz unmöglich, und es läßt sich nur dadurch, daß eine Aenderung in dem Tarif und in den Gebühren vorgenommen wird, der besondere Musikalimpost wieder emporbringen. Daher würde ich bitten, daß darauf im Antrage Rücksicht genommen würde, wenn vielleicht der Herr Antragsteller

mir beistimmt, und daß der Landesausschuss sich darüber aussprechen solle, ob eine Aenderung in der Einhebung, und eine neue Bemessung der Gebühr einzutreten habe.

Oberstlandmarschall: Ich werde den Antrag zuerst deutsch vorlesen und dann übersetzen lassen. Der Antrag lautet: Der Bericht über die Musikalimpost ist dem Landesausschuss zur Erwägung, namentlich in der Richtung, ob nicht eine Verbesserung in der Kontrolle möglich wäre, zuzuwenden, damit derselbe in der nächsten Session seine Anträge erstatte.

Abgeordneter Prof. Schrott: Ich bitte um's Wort.

Oberstlandmarschall: Ich bitte.

Prof. Schrott: Der Herr Vorredner meint, mein Antrag gehe dahin, dem Landesausschuss zu verwehren, daß er auch bezüglich der Gebühren der Musikalimpost Anträge stelle, das ist offenbar nicht der Fall. Ich habe den Antrag gestellt, der jetzt eben vorgelesen wurde, es möge der ganze Bericht des Landesausschusses, also auch mit den darin enthaltenen Vorschlägen über die Gebührenänderungen dem Landesausschusse zurückgestellt werden zur Erwägung, namentlich in Beziehung auf die Kontrolle, also nicht bloß in Bezug auf die allgemeine Gebührenänderung und Gesetzesänderung, sondern nebenbei insbesondere mit Rücksicht auf die Kontrolle. Das hindert den Landesausschuss durchaus nicht, wenn er trotz wiederholter Erwägungen zur Ueberzeugung kommen sollte, daß durchaus keine Kontrolle möglich sei, was ich aber bezweifle, daß er in seiner Vorlage die Gründe entwickelt, warum keine Kontrolle möglich sein soll. Noch weniger wird der Landesausschuss durch meinen Antrag verhindert, die weiteren Verbesserungen, die er nothwendig findet, noch einmal vorzunehmen, und dem hohen Landtage in Vorschlag zu bringen. Ich glaube, daß mein Antrag insofern gerechtfertigt ist, als das Verweisen an eine heute zu wählende Kommission, wo morgen der Landtag auseinander geht, gewiß zu keinem Ziele führen kann.

Oberstlandmarschall: Herr Graf Cernin stellt den Zusatzantrag.

Abg. Graf Cernin: Nämlich, so wie es im Antrage des Landesausschusses, im Berichte heißt: Der Landesausschuss ist aufzufordern, über das Ergebniss der besonderen Musikalimpost neuerliche Erwägungen anzustellen und den Antrag zu machen, damit dieselbe durch eine im Wege der Landesgesetzgebung zu erwirkende Aenderung in der Einhebung oder im Gebührenmaasse zu sichern wäre.

Oberstlandmarschall: Ich bitte es nur aufzuschreiben, damit ich es vorlesen kann. Ich werde den Antrag deutsch vorlesen und dann übersetzen lassen, damit das Haus davon Kenntniß hat.

Er lautet: „Der Bericht wird dem Landesausschusse mit dem Auftrage übergeben, den Antrag auf eine im Wege der Landesgesetzgebung zu erwirkende Aenderung in der Einhebung oder in dem

Gebührensache zu berathen, und das Resultat dem Landtage in der nächsten Session vorzulegen.

Herr Graf Czernin beantragt, daß dieser Bericht dem Landesausschuße mit demselben Auftrage zugewiesen werde, wie ihn jetzt die Budgetkommission einer Kommission zugewiesen haben will. Es sind die Worte aus dem Berichte.

Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Ich werde mittlerweile, bis beide Anträge überseht sind, dem H. Berichterstatter das Schlußwort erteilen. Die Debatte ist geschlossen; ich bitte den Herren Berichterstatter.

Posl. prof. Tomek: Výboru zemskému bylo uloženo, postarati se o lepší kontrolu při vybírání hudebného zvláště.

Jednání výboru zemského o tom nevedlo, jak jsem ve své zprávě předložil, k žádoucímu cíli a také se neukázala žádná možnost k nějakému cíli přijíti.

Proto navrhl výbor zemský, aby se sněm sám ujal věci samé, aby učinil nějakého návrhu, který by se netýkal pouhé kontroly, nýbrž jiný způsob vyměrování této daně snad ustanovil.

Komise nad rozpočtem nemohla jinak než k tomu docela správnému návrhu přistoupiti, poněvadž se zdálo, že se může v té věci přijíti do dále.

Ovšem když to komise učinila, tu ji povědomo nebylo, že nynější zasedání tak krátce trvati má. Já co zpravodatel nebyl jsem splnomocněn, abych jímeho návrhu učinil.

Co do své osoby mám za to, že návrh p. hraběte Otokara Černína, je jak účelu samému nejpriměřenější, tak i v podstatě s posavadním zámyslem jak výboru zemskému tak i rozpočetné komise.

Co totiž komisi nyní od sněmu zvolené státi se nemohlo, to se nepochybně stane výborem zemským samým, když k tomu od sněmu zemského vyzván bude, a v příštím zasedání sněmovním může se v té věci dále pomoci.

Já se přidávám k návrhu pana hraběte Otokara Černína.

Oberstlandmarschall: Nachdem sich der H. Berichterstatter mit dem Antrage des H. Grafen Czernin conformirt hat, so ist der ursprüngliche Antrag und der Antrag des H. Abg. Schrott, ein Abänderungsantrag. Ich werde daher den Antrag des H. Abg. Schrott erst zur Abstimmung bringen. Ich bitte den Antrag des H. Abg. Schrott, weil er noch nicht unterstützt ist, zur Unterstützungsfrage vorzulesen.

Landtagssekretär Schmidt (liest): Der Bericht über die Musikalimpost ist dem Landesausschuß zur Erwägung, namentlich in der Richtung, ob nicht doch eine Verbesserung der Kontrolle möglich wäre, zugewiesen, damit derselbe in der nächsten Session die Anträge erstatte.

Zpráva o hudebném budíž odevzdána zemskému výboru, aby ji uvážil v tom směru, jest-li

by nebylo možno kontrolu zlepšiti a napotom aby v nejbližší příštím zasedání podal zprávu.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, welche den Antrag des Abg. Schrott unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Er ist unterstützt. — Jetzt bitte ich den Antrag des H. Grafen Czernin vorzulesen.

Landtagssekretär Schmidt (liest): Der Bericht ist dem Landesausschuße mit dem Auftrage zu übergeben, den Antrag auf eine im Wege der Landesgesetzgebung zu erwirkende Aenderung in der Einhebungsart oder in dem Gebührensache zu berathen und in der nächsten Session vorzulegen.

Zpráva budíž zemskému výboru odevzdána a jemu uloženo, aby vzal návrh na změnu u vybírání poplatku v cestě zákonodární v poradu a podal v nejbližší příštím zasedání zprávu.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die den Antrag unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Er ist unterstützt. Ich werde jetzt beide Anträge zur Abstimmung bringen u. z. zuerst den Antrag des Abg. Schrott. Ich bitte die Herren, die für den Antrag des Abg. Schrott sind, die Hand aufzuheben (Geschieht.) Ich bitte aufzustehen. Es ist die Minorität. — Jetzt werde ich den Antrag des Grafen Czernin zur Abstimmung bringen; ich bitte die Herren, die für diesen Antrag sind, aufzustehen. (Geschieht.) Es ist die Majorität, er ist angenommen.

Landesausschußbericht über die dem Landesausschuß noch einmal zur Berathung zugewiesenen Paragrafe des Straffenmauthgesetzes und eventuell dritte Lesung dieses Gesekentwurfes. Ich bitte Herr Dr. Rieger.

Dr. Rieger: Slavný sněm ráčil uložiti výb. zemskému, aby ještě jednou vzal v úvahu §. 13 a 14. zákona o mýtech a zároveň aby vzal na potaz všechny návrhy opravní, které k těmto §§. byly podány a aby na základě úrady své učinil sl. sněmu nový návrh. Výbor zemský uradil se o této věci a usnesl se konečně na tom, že je nejlépe, aby se vůbec slavný sněm nedával do bližšího určování všelikých osvobození při mýtech, které nastati mohou, poněvadž z toho povstane kasnistika v přičině nových návrhů opravných, zde podaných. Kromi toho má výb. zem. za to, že osvobození usnešené v §. 13. a 14. nalezají se také v zákoníku říšském, platícím o silnicích erárních; a poněvadž již od sl. sněmu přijata byla zásada, že všechna osvobození, platící pro silnice erární, mají míti platnost podobně také na silnicích zemských, okresních a obecních; tedy zdálo se výb. zem., že není zapotřebí dále přijmouti §. 13. v celém znění, a že bude nejlépe vynechati jej naprosto. Za to ale zemský výbor uznal za potřebné, aby byl přijmut jiný návrh, který byl učiněn od J. Ex. p. hraběte Clam-Martinice v ten smysl, aby správcům rozličných silnic, zemských, okresních a obecních byla dána moc vydati osvobození také

z příčin místních. Když tedy v některých krajích místních ohledů stává, a ukáže se potřeba dáti osvobození, že správcům těchto silnic má býti dána moc takové osvobození vysloviti při ustanovení výminek pronájmu mýta. Tím způsobem zkrátil se návrh zemského výboru velice a obmezil se toliko na 2 §§. Zemský výbor navrhuje totiž, aby se někdejší §. 11. stal §. 10., poněvadž dřívější §. 10. byl vynechán, a aby nyní §. 11., který byl přijat k návrhu J. Ex. p. hraběte Clam-Martiniče, zněl jen tak, že osvobození od placení na silnicích erárních má míti platnost i na jiných silnicích a aby se ten spojil s nynějším §. 15., který něco podobného vyslovuje, který tedy geneticky s předešlým jest spojen a aby druhým §. bylo vysloveno to právo, o kterém jsem se právě zmínil, že správcové silnic mají míti právo a moc udíleti takové osvobození.

Návrh výboru zemského jest tedy následující §. 10. přijatý k návrhu J. Ex. p. hraběte Clam-Martiniče má sloučiti se s §. 15. a má zníti takto:

Na veřejných, silnicích jež nejsou erární platí vzhledem osvobození od mýta tatáž ustanovení, kteráž vyšla pro silnice erární a mají na přístě veškerá osvobození od mýta, ježto ještě zákonem říšským, by vydána býti měla, obdržeti plnou platnost na všech silnicích mýtu podrobených, ježto nejsou erární.

Na místě §. 13. a 14. má se postavití následující §. 12.:

Kdekoliv by místní poměry zvláštní některá osvobození od mýta nutnými činily, může je vyřknouti při ustanovení výminek pronájmu mýta pro silnice zemské, zemský výbor, pro silnice okresní, výbor okresní a pro silnice obecní, výbor obecní. Kdyby někdo, odvolávaje se k těmto zvláštním poměrům místním, o osvobození od mýta požádal a s žádostí svou odmrštěn byl, může rekurovat, jedná-li se o silnice obecní k okresnímu výboru, a jde-li o silnice okresní, k zemskému výboru,

Der Landesausschuß hat den erhaltenen Auftrag die §§. 13 und 14 nochmals in Berathung zu ziehen befolgt und gleichfalls die ihm zugewiesenen Amendements sämtlich in Erwägung gezogen und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß es besser ist, sich nicht in eine Casuistik, betreffs der Mauthbefreiungen einzulassen, sondern vielmehr den bereits über Antrag des Grafen Clam-Martinič ausgesprochenen Grundsatz aufzunehmen, daß die sämtlichen nicht ärarischen Straffen volle Geltung haben solle. Dadurch würde überhaupt die Aufnahme der §§. 13 und 14 entfallen.

Der Landesausschuß ist nebenbei der Ansicht, daß es zweckmäßig wäre, die §§. 11. (welcher über Antrag des Grafen Clam-Martinič angenommen ist) und 15, welcher einen ähnlichen Inhalt hat, zu verschmelzen, wo es nämlich heißt: nachträgliche,

von der Reichsgesetzgebung für Reichsstraffen beschlossene Mauthbefreiungen, haben auch auf Landesstraffen oder bemautheten Bezirksstraffen volle Giltigkeit; hier ist nebenbei gesagt auch noch die Existenz von Gemeindestrafen, die bemauthet sind, oder doch sein können, übergangen, und auch für diese müssen die durch die Reichsgesetzgebung festgestellten Mauthbefreiungen gleiche Geltung haben. In dieser Beziehung würde der bereits angenommene §. 15 einer stylistischen Korrektur bedürfen in Konformität mit dem bereits gefaßten Beschlusse §. 11. Nachdem aber diese 2 Paragrafe nach ihrem Inhalte offenbar zusammenhängen, trägt der Landesausschuß darauf an, sie in einen Paragraf zusammenzufassen, dagegen den 2. Absatz des §. 15 ganz entfallen zu lassen, weil derselbe unnöthig erscheint, weil überhaupt im Gesetze soann keine näheren Bestimmungen über Mauthbefreiungen enthalten wären, folglich auch dieser 2. Passus entfallen müßte. Es würde sich also die Sache nach dem Antrage des Landesausschusses folgendermaßen stellen. Die §§. 11, der über Antrag des Grafen Clam-Martinič angenommene Absatz und der angenommene §. 15 mit Weglassung des 2. Alinea und mit Einbeziehung auch der Gemeindestrafen, würde folgendermaßen lauten:

„Auf öffentlichen nichtärarischen Straffen gelten rücksichtlich der Mauthbefreiungen die diesfalls auf Aerarialstraffen bestehenden Bestimmungen und es sollen auch künftighin etwa noch von der Reichsgesetzgebung zu erlassenden Mauthbefreiungen auf allen bemautheten nichtärarischen Straffen volle Geltung haben.

Das fast ganz zweckmäßig beide Paragrafe, die offenbar zusammengehören, zusammen, §. 12 würde dann lauten:

§. 12.

Dort, wo örtliche Verhältnisse besondere Mauthbefreiungen nothwendig erscheinen lassen, kann dieselben bei Landesstraffen der Landesausschuß, bei Bezirksstraffen der Bezirksausschuß, bei Gemeindestrafen der Gemeindeausschuß, bei Feststellung der Bedingungen der Mauthverpachtung aussprechen.

In Fällen, wo eine Partei unter Berufung auf solche örtliche Verhältnisse um Mauthbefreiung ange sucht hat und abgewiesen wurde, kann sie bezüglich der Gemeindestrafen an den Bezirksausschuß, bezüglich der Bezirksstraffen an den Landesausschuß rekurren.

Damit wären sämtliche Absätze, welche sich auf Mauthbefreiungen oder Mauthbegünstigungen beziehen, erledigt, und es würde also im ganzen Gesetze auch ein Kapitel weniger sein, weil das Kapitel 4 von den Mauthermäßigungen entfiel; oder man müßte das zusammenfassen unter dem Worte: „von Mauthermäßigungen und Mauthbefreiungen,“ dann käme man gleich auf die Mauthverfügungen.

Oberst Landmarschall: Wünscht Jemand das Wort? Herr Stangler hat sich gemeldet.

Geordneter Stangler: Es dürfte wohl kaum Jemand im h. Hause von der Ueberzeugung mehr durchdrungen sein als ich, daß unsere Zeit sehr kostbar ist.

Wenn ich dessenungeachtet das Wort in dieser Angelegenheit ergreife, so geschieht es deshalb, weil ich es als meine Pflicht halte, als Abgeordneter das h. Haus aufmerksam zu machen, daß die Aufnahme dieses S., wie vorgeschlagen Ungerechtigkeiten und Widersprüche mit bereits gefaßten Beschlüssen enthalten würde; denn wollten wir in diesem wichtigen S., wo es sich um die Befreiung von der Mauth handelt, bloß das k. k. Mauthpatent anwenden, dann wäre es besser gewesen, wir hätten gleich gar kein Mauthgesetz beschlossen und gleich die Bestimmungen des k. k. Mauthpatentes angenommen und hätten dem Lande wenigstens die Kosten erspart.

Ich gehe von der Ansicht aus, daß dem hohen Landtag bei der Verfassung des Mauthgesetzes zwei Pflichten obliegen, und zwar eine, dafür zu sorgen, daß die Straßen im guten Stand erhalten werden, damit nicht alles nach dem Steuergulden anreparirt würde und Einzelne, die die Straße nicht benützen, unverhältnißmäßig mehr zahlen als Andere, die die Straße das ganze Jahr hindurch benützen und wenig oder gar nichts beitragen würden.

In dieser Hinsicht ist der h. Landtag seiner Verpflichtung vollkommen nachgekommen. Er hat die Mauthgebühren von 3 fr. pr. Meile von 1 eingespannten Zugvieh festgestellt. Das, meine Herren, ist eine hohe Gebühr, höher, als sie im kaiserl. Mauthpatente enthalten ist, und doch sind Ararialstraßen in der Regel breiter gebaut, und werden besser im Stand erhalten. In dieser Beziehung darf also Niemand dem h. Landtage den Vorwurf machen, daß er seiner Pflicht nicht nachgekommen ist.

Allein ich glaube, der h. Landtag hat noch eine zweite Pflicht, nämlich darauf zu sehen, daß diese Gebühr nicht höher, als durch das Gesetz normirt ist, eingehoben werde, und daß sie nicht ungleichmäßig die Einwohner, den einen mehr, den andern weniger treffe.

Eine Steuer, sei sie noch so hoch, so ist sie nicht so drückend, wenn sie nach dem Gesetze, und nicht höher, eingehoben wird; sie ist aber drückender, wenn Einwohner bei gleichmäßiger Benützung der Straße eine höhere Gebühr als Andere bezahlen sollen.

Es sei mir erlaubt, dieß durch Beispiele zu erörtern. Wenn ein Einwohner des Mauthortes A in den nahe liegenden 1 Meile entfernten liegenden Mauthort B einfährt, so hat er beim Einfahren 6 fr. für 1 Zweigespann zu entrichten, beim Herausfahren wieder 6 fr., und wenn er in seinem Wohnorte eintrifft, wieder 6 fr., so daß er 18 fr. zahlt.

Nach dem Gesetze, das wir gegeben haben, kommt für ein Zweigespann 6 fr. pr. Meile, somit hatte er im Ganzen 12 fr. zu zahlen, er hat aber 18%, also um 6 fr. mehr gezahlt, als nach dem

Gesetze zu entrichten wäre, mithin 50% mehr, als das Gesetz vorschrieb. Eine solche Mehrzahlung ist eine große, nicht zu rechtfertigende große Last. Dieser Unterschied wird aber noch auffallender, wenn man den Bewohner des Mauthortes mit den Bewohnern der umliegenden Ortschaften vergleicht, wenn er z. B. aus dem Mauthort A in den umliegenden Ort C fährt, so hat er bloß bei der Rückfahrt die Mauth mit 6 fr. pr. Gespann zu entrichten, wenn aber der Einwohner von C in den Mauthort fährt, und beim Hin- und Zurückfahren 6 fr. zahlt, so gibt er 100 Prozent mehr als die Einwohner des Mauthortes. Dieß kann eine sehr drückende Last werden. Nehmen wir z. B. an, wenn der umliegende Ort zu dem Mauthort eingepfarrt ist, oder wenn der Arzt im Mauthorte wohnt, er dahin um den Arzt schicken muß. Dabei muß ich bemerken, daß ich nicht pro domo sua spreche, ich habe die Kirche im Orte und brauche ob des Arztes keine Mauthgebühr zu zahlen, allein wenn ein kleiner Grundbesitz den Arzt oftmals zu holen nothwendig hat, so müssen die Pferde viermal hin- und hergehen und Amal 6 fr., also 24 fr. Mauth entrichten. Es ist dieß eine große Mehrzahlung, und es zahlt ein solcher über die gesetzliche Gebühr an Ueberbürdung mehr, als seine Grundsteuer beträgt.

Es ist dieß auch der Fall, wenn der Mauthort der Sitz der Bezirksbehörde ist, wohin die Einwohner der umliegenden Orte oft zum Amte zu fahren genöthiget sind, und unsere Gemeindevorsteher, die heutzutage nicht gehen, sondern fahren, machen eine große Mauthgebührenrechnung, obwohl sie oft die Straße nur wenige Klaster vor dem Mauthorte benützen. Noch flagranter wird der Fall dort, wo dem Einwohner des Mauthortes die Mauthfreiheit zusteht.

Nehmen wir an, daß die Schmiede, Walke, Mühle, Brettjäge-Fabrik u. s. w. in dem angränzenden Ort C war, so ist er als ein Einwohner des Mauthortes, mit allen diesen Hin- und Herfahrten mauthfrei, wenn aber umgekehrt alle diese Sachen im Mauthorte A sind, und der Einwohner von C sie benützt, so muß er von allem die doppelte Mauth hin und zurück, mithin 200% mehr bezahlen als die Einwohner des Mauthortes. Das aber ist eine ungeheuerere Last, und ich bin der Ansicht, daß man zwar bei solchen Angelegenheiten nicht alles auf die Goldwage legen kann, daß aber hier ist keine Goldwage, auch nicht einmal eine Centnerwage, sondern eine falsche Wage, und gegen eine falsche Wage muß ich mich entschieden aussprechen. --

Man wird mir sagen, das sei unausführbar, das Mautherträgniß werde dadurch zu sehr herabgedrückt. Es ist aber ausführbar und ganz leicht ausführbar, denn wenn gesagt wird, die Mauth ist zu entrichten bloß beim Einfahren, und nicht auch beim Hinausfahren, so wird gerade dadurch die gesetzliche Gebühr nach der gesetzlichen Bestimmung von 3 fr. nicht mehr und nicht weniger eingehoben, und wenn der Einwohner des Ortes A in den

Mauthort B fährt, wird er 2mal 6 also 12 fr. und nicht mehr entrichten, und man wird doch nicht sagen können, das Mautherträgniß werde verkürzt. — Nun, meine Herren, wenn Sie unter Verkürzung verstehen, daß der Einzelne nicht durch das Gesetz überbürdet werde, so ist das richtig, aber eine Überbürdung gegen das Gesetz ist keine Verkürzung. Wir, als Vertreter des Landes, haben die Interessen der Bevölkerung zu wahren, und dabei braucht noch immer keine Verkürzung des Mautherträgnisses stattzufinden. —

Man könnte mir einwenden, der Einwohner des Mauthortes A fährt über den Mauthschranken B hinaus, und wenn er nun weiter fährt, wird er keine Mauth entrichten. Das könnte nicht auch der Fall sein, da er beim Zurückfahren die Mauth zahlen muß. In Orten, die eine Schranke nur haben, könnte es stattfinden — allein diese Fälle sind sehr selten. Ubrigens glaube ich, daß in diesen Fällen den Mautheinnehmern die Möglichkeit gegeben ist, die Sache genau zu überwachen, und denjenigen, der sie hintergehen wollte, der Bestrafung zuzuführen, und es könnte vielleicht erst in dem 100.000sten Falle eine Verkürzung stattfinden. Darum aber dürfen wir nicht den Einzelnen in 99.000 Fällen mit höheren Lasten belegen, als das Gesetz eigentlich vorschreibt.

In formaler Beziehung möchte ich sagen, daß die Bestimmungen des Mauthgesetzes über die Befreiungen ein sehr wesentlicher Punkt sind, und daß wir in dieser Beziehung das kaiserliche Patent nicht wieder bloß citiren sollten. Ich glaube, wenn in dieser Beziehung mein Antrag, den ich die Ehre gehabt habe, in der letzten Sitzung zu stellen, den ich ganz nach der Anschauung und Intention des h. Landesausschusses zu §. 13 alt stellte, und der nun in stilistischer und logischer Beziehung mit demselben in Zusammenhang gebracht worden ist, — angenommen wird, so ist jedem Einwohner ermöglicht zu wissen, wo er mauthfrei ist, während ihm, wenn er erst das k. Mauthpatent und alle nachträglichen Verordnungen durchgehen muß, ihm dieses sehr schwer wird. Ich würde in dieser Beziehung bitten, daß mein Antrag absatzweise vorgelesen würde. §. 14 hätte zu lauten: Die Mauthgebühr ist an dem Mauthschranken nur einmal u. z. beim Eintritte zu entrichten. Die Einwohner der umliegenden Ortschaften eines Mauthortes sind in Bezug der Mauthfreiheit den Einwohnern des Mauthortes gänzlich gleichgestellt, insofern sie auf dem Wege zu diesem Schranken nicht schon bei einem anderen Mauthschranken die Mauthbefreiung genossen haben.

Oberstlandmarschall: Zu welchem §. ist dieses Amendement?

Abg. Stangler: Zu §. 13 und 14.

Oberstlandmarschall: Ich bitte den Antrag zu formuliren. Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen?

Dr. Mattuš. Prosím za slovo!

Oberstlandmarschall. Ich bitte!

Dr. Mattuš. Přijetím §. 12. v znění, jaké se právě oblibilo, myslím, že téměř všechny výhody, jaké se očekávaly od nového zákona, jenž by měl ustanovovat zvláštní pravidla mýt a jenž by měl přinésti něco, co by bylo zvláště výhodné obyvatelstvu místnímu, staly se ilusorními.

Myslím totiž, že právě při těchto §§. 13. 14., v stilisaci, jak je obsažena v návrhu tištěném, by to bylo ještě možné. Nezdá se však, že v tomto všeobecném znění, jak jej nyní předkládá sl. sněmu výbor zemský, že právě tímto zněním bychom obyvatelstvu místnímu nějakých výhod přinesli. Mám na zřeteli faktické poměry, a protož bych rád, zejména v poslední alinei §. 13. návrh učinil na jeho změnu. Zní totiž alinea toto následovně:

„Povozy, jimiž se vyvážejí z místa, neb přivážejí do místa plodiny hospodářské ku prodeji, nejsou od placení mýta osvobozeny.“ Ovšem toto ustanovení navržené úplně, vhoduje se s tím, jak . . . nyní praktikuje při erárních mýtech. Toto znění je v odporu se všeobecným zněním, jaké nyní navrhuje výbor zemský.

Ale právě praktické případy ukazují, jak škodné je ustanovení takové. Mám na zřeteli místa, zejména jedno město, které je ohraženo kolkolem mýty, kde obyčejně v podzimní čas obyvateli místní s vlastními povozy neb povozy tam najatými dováží plodiny opět do toho sameho místa do továrny.

Stává se také, že téměř jen přes přič přes silnici jedou, jen zavadí o mýto, a již musí platiti mýto. Stává se, že ovšem takoví občané, kteří mají rozsáhlá role a nepotřebují plodiny z pole vést hned do továrny, nýbrž složí je v městě do svých skladů neb sýpek. To se nepovažuje za industrialní povoz, nýbrž hospodář onen jest sprostěn placení mýta. Když ale druhý den veze plodiny do továrny, tu opět neplatí mýta.

Je tedy vidět, že takové ustanovení je na úkon zájmům chudší třídy. Když přijmeme to, co navrhuje výbor zemský, sankcionujeme tedy zásadu při erárních mýtech platnou, která je patrně na škodu obyvatelstvu místnímu, a sice chudšímu.

Právě proto, a poněvadž myslím, že není dosti času, aby se podal návrh jiný, proto budu hlasovati proti návrhu z výboru.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? (Nemand meldet sich.) So erkläre ich die Debatte für geschlossen; ich werde die Anträge zur Unterstützungsfrage bringen, sobald sie unterstützt sind, und dann dem Hr. Berichterstatter das Wort geben.

Ich bitte Hr. Stangler, ihr Antrag ist ein Zusatzantrag zu diesem Paragrafen?

(Abg. Stangler ruft: Ja!)

Berichterstatter Dr. Rieger: Die Rede des Hr. Abg. Stangler bezog sich auf zwei Dinge, erstens auf einen Antrag, den er zu stellen gesonnen war oder vielmehr stellte, welcher jedoch zum alten

§. 11, neu §. 10 gehört. In dieser Beziehung, und das scheint der H. Abgeordnete Stangler übersehen zu haben, ist sein eigener Antrag bereits in der letzten Sitzung angenommen worden, und das, was er jetzt beantragt, ist schon zum Beschlusse des Hauses erwachsen. Er beantrage nämlich, §. 14 solle lauten: Die Mauthgebühr ist an dem Mauthschranken nur einmal und zwar beim Eintritte zu entrichten. Ich bitte den Hr. Sekretär den §. 10 zu lesen.

Landtagssekretär Schmidt liest: §. 10. 1. Al. In Mauthorten haben die Bewohner die Mauthgebühr nur einmal u. z. beim Eintritte in den Ort zu entrichten.

Berichterstatter: Wienach also der Hr. Abg. Stangler dazu kommt, das, was über seinen Antrag schon als §. 10 angenommen worden ist, noch einmal als §. 14 zu beantragen, das muß ich als Berichterstatter unbegreiflich finden. Etwas anderes aber ist es mit dem Beisatze zu §. 14, richtiger §. 11: „Die Einwohner der umliegenden Ortshaften des Mauthortes sind in Bezug auf die Mauthfreiheit den Einwohnern des Mauthortes gänzlich gleichgestellt, insolange sie auf dem Wege zu diesem Schranken nicht schon bei einem Mauthschranken die Mauthbefreiung genossen haben. M. H., mit anderen Worten, am besten, es ist gar keine Mauth zu zahlen, höchstens nur für ganz fremde Leute. Ich glaube, es liegt auf der Hand, daß eine solche Verfügung überhaupt alle Mauthen illusorisch machen und aufheben würde. Aber ich bemerke, daß der Antrag heute nicht mehr gestellt werden kann, weil es ein Beisatz zu §. 11 und dieser bereits erledigt ist.

Oberstlandmarschall: H. Stangler hat in dem Antrage gesagt: „zu §. 14,“ es ist aber ein Gegenstand, der den §. 11 alt, 10 neu betrifft, welchen Paragraph das Haus bereits angenommen und dem Landesauschuß nicht zur Behandlung zugewiesen hat. Ich bitte ihn, das aufzuklären.

Abg. Stangler: Ich bin der Ansicht, daß dem h. Landesauschuße alle Zusatzanträge und Abänderungsanträge zu §. 13 und 14 alt zur neuerlichen Berichterstattung zugewiesen wurden und glaube, daß heute §. 13 und 14 alt auf der Tagesordnung stehe. Ich habe daher in meiner Rede gesagt, daß §. 13 nämlich die Mauthbefreiungen ein so wichtiger Gegenstand sind, daß sie nothwendig in das Gesetz aufgenommen zu werden verdienen. Ich habe also den Antrag gestellt, daß ich meinen, in dieser Beziehung bei §. 13 gestellten Antrag wieder aufnehme und heute wieder stelle bei §. 13 und §. 14. Ich bitte nur das h. Haus zu sehen, ob mein Antrag nicht ganz auf §. 14 alt paßt, denn im §. 14 heißt es: Die in den Punkten 3 und 4 des §. 13 aufgeführten Mauthbefreiungen kommen auch den auswärtigen Bewohnern ohne Rücksicht auf die Entfernung ihres Wohnortes zu, wenn sie jenseits des Mauthschrankens eigenthümliche oder gepachtete Grund-

stücke besitzen, und ihrer Bewirthschaftung wegen bemüßigt sind, den Mauthschranken des Ortes zu passiren.

Diese Befreiung hat aber nur dann statt, wenn für das Fuhrwerk oder Zugvieh auf dem Wege zu diesem Mauthschranken die Mauthbefreiung nicht schon an einem anderen Schranken genossen wurde. Nun frage ich, ob dieser mein Antrag zu §. 14 nicht diese Bestimmungen in anderer Form enthält und ob ich im Rechte bin, wenn ich heute über noch nicht abgestimmte §§. einen Antrag stelle. Was §. 10 betrifft, so handelt derselbe bloß von Einwohnern des Mauthortes, nicht von den Einwohnern des ganzen Landes oder den umliegenden Ortshaften. Das ist es, was ich zur Aufklärung zu sagen für nothwendig hielt.

Oberstlandmarschall: Ich werde den Antrag zur Unterstützungfrage bringen, nachdem der H. Abg. ihn aufrecht hält. Jetzt habe ich die Sache so aufgefaßt, der H. Abg. Stangler nimmt seinen in der letzten Sitzung gestellten Antrag zu §. 13, der dem Landesauschuße zugewiesen ist zur Berathung, vom Landesauschuße aber nicht zur Annahme empfohlen wurde, wieder auf, und stellt ihn statt des Landesauschußantrages als neuen Antrag.

Ztens stellt er zu §. 13 den eben vorgelesenen Abänderungsantrag. Ich bitte diesen Abänderungsantrag noch einmal deutsch und böhmisch vorzulesen und werde ihn dann zur Unterstützungfrage bringen.

Landtagssekretär Schmidt: §. 14 hat zu lauten:

Die Mauthgebühr ist an dem Mauthschranken nur einmal und zwar beim Eintritte zu entrichten. Die Einwohner der umliegenden Ortshaften eines Mauthortes sind in Bezug der Mauthfreiheit den Einwohnern des Mauthortes gänzlich gleichgestellt, insolange sie auf dem Wege zu diesem Schranken nicht schon bei einem anderen Mauthschranken die Mauthbefreiung genossen haben.

Poplatek mýtní má se platili jen jednou a sice při vcházení do místa. Obyvatelé míst, kolem místa mýtního ležících jsou docela na roveň postaveni s obyvateli místa mýtního, kdyby již nebyli pouzíli na cestě k tomu šraňku osvobození od mýta u jiného šraňku.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die diesen Antrag unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Er ist nicht unterstützt.

Nun hat Herr Abg. Stangler auch seinen Antrag, den er zu §. 13 gestellt hat, und dessen Ablehnung der Landesauschuß beantragt, als neuen Antrag wieder aufgenommen, und den muß ich also auch zur Unterstützung bringen.

Abg. Stangler: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Oberstlandmarschall: Sie ziehen ihn also zurück?

Ber.-Erst. Dr. Rieger: Ich habe nur einige Worte noch zu bemerken, weil gegen den Landes-

ausschuss ein Tadel ausgesprochen worden ist von Seiten zweier Redner, daß er nämlich die §. 13 und 14 ganz ausgelassen hat.

Ich habe deshalb noch einige Worte zur Rectifertigung beizufügen.

Es hat sich im Verlaufe der vorigen Debatte herausgestellt und hat sich auch heute zum Theil gezeigt, daß, wenn man überhaupt in die Mauthbefreiungen eingeht, eine Masse kleiner Umstände zur Sprache kommen, wovon jeder aus seiner Erinnerung und aus gewissen Verhältnissen die ihm im Leben bekannt geworden, einige anzuführen im Stande ist.

Dadurch gelangt man in eine endlose Casuistik. Wir wissen, daß in einer der vorigen Sitzungen von einem Hrn. Abgeordneten der Antrag gestellt worden ist, die Fuhrn mit Mergel und Dünger zu befreien. Da hat nun ein Abgeordneter auch den Antrag gestellt, den Kalk zu befreien, wenn er auf die Felder hinausgeführt wird. Warum soll nun nicht ein anderer Abgeordneter den Antrag stellen, daß auch Chilisalpeter, Knochenmehl, frei sein soll? Denn wenn wir alle erdenklichen Düngungsmittel anführen sollten, würden wir nie zum Ziele kommen.

Ebenso hat Jemand den Antrag gestellt, die Steinkohlfuhren zu befreien; natürlich müssen auch Braunkohlen mitberücksichtigt werden; dann kam ein anderer Hr. Abgeordneter zu mir, und beschwerte sich, daß man den Torf übergangen habe; es müßte also auch vom Torfstich gesprochen werden. Durch diese vielen Amendementis hat sich herausgestellt, daß es fast nicht möglich ist, oder nur mit ungeheueren Schwierigkeiten erzielbar wäre, einen Gesetzesvorschlag zu machen, der allen diesen einzelnen Wünschen entspräche.

Nachdem aber das h. Haus sich bereits über das Prinzip ausgesprochen hat, daß sämtliche auf ärarische Strassen geltende Befreiungen auch auf anderen nicht ärarischen Strassen Geltung haben sollen, glaubte der Landesausschuss diesen Grundsatz in seiner Allgemeinheit aufrecht erhalten und nicht in die Details eingehen zu sollen. Hat aber um allfällige Mängel eines solchen Gesetzes in dieser Beziehung zu saniren, den Antrag gestellt, daß jeder Bezirksausschuss, jeder Gemeindeausschuss und auf Landesstrassen der Landesausschuss das Recht haben soll, für die in seiner Verwaltung stehenden Strassen besondere Mauthbefreiungen zu erlassen, die nach den örtlichen Verhältnissen sich als nothwendig herausstellen. Wenn also von dem oder jenen Abgeordneten bemerkt wird, daß dieser Mangel noch da ist, so wird ja jeder Bezirks- oder Gemeindeausschuss in der Lage sein, zu erkennen, welche Mauthbefreiungen in seinem Orte oder bei seinem Mauthschranken nothwendig sind, und wird sie erlassen können.

A to připomínám panu posl. Mattušovi, který se domýšlel, že by tím jakési obtížení chudého lidu neb kohokoliv se stalo, že princip, jakýž navrhuje nyní výbor zemský, kde se pravi, že může na silnicích obecních udělití osvobození výbor

obecní, na silnicích okresních zastupitelstvo okresní a na silnicích zemských výbor zemský, že tím vyhověno je všem možným požadavkům a kdyby se potřeba ukázala, že příslušným korporacím je udělití mohou. To myslím že jest nejzdravější princip, to jest princip autonomie. Ať dají osvobození jaké za potřebné uznají a my je v tom obmezovati nebudeme. (Výborně!)

Tím zastávám návrh výboru zemského.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Paragrafe wie sie nach dem Antrage des Landesausschusses zu lauten haben, in ihrer Reihenfolge vorzulesen.

Dr. Rieger: Es wird also §. 11 verbunden mit §. 14 jezt als §. 11 zu lauten haben:

„Auf öffentlichen nicht ärarischen Strassen — (Oberstlandmarschall unterbricht: der Titel?) — Kap. 4. Von Mauthermäßigungen und Mauthbefreiungen, weil darin auch §. 10 aufzunehmen ist, welcher von der Mauthermäßigung spricht. —

§. 11. Auf öffentlichen nicht ärarischen Strassen gelten rücksichtlich der Mauthbefreiungen die dießfalls auf Avarialstrassen bestehenden Bestimmungen, und es sollen auch die künftighin etwa noch von der Reichsgesetzgebung zu erlassenden Mauthbefreiungen auf allen bemautheten nicht ärarischen Strassen volle Geltung haben.“

Český zní §. 11. takto: (jest to spojeni §. 11. s §. 14.)

Na veřejných silnicích, ježto nejsou erární mají, co se týče osvobození placení od mýta platnost tatáž ustanovení, jakáž platná jsou v příčině této na silnicích erárních.

Usneslo-li se zákonodárství říšské na jiných osvobozeních od placení mýta, mají osvobození plnou platnost míti na všech mýtu podrobených silnicích, ježto nejsou erární.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die für diesen §. in der Fassung stimmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht). Angenommen.

Der nächste Paragraf.

Dr. Rieger: Následující §. má zníti takto:

Kde z příčiny poměrů místních zapotřebí je zvláštního osvobození od placení mýta, může osvobození, jedná-li se to o silnice zemské — dáti výbor zemský, jedná-li se to o silnice okresní — výbor okresní, a jedná-li se to o silnice obecní — výbor obecní, při čemž se však ustanoviti mají výminky, pod kterými se mýto pronajme.

Při ustanovení výmínek pronajmu mýta pro silnice atd.

Deutsch lautet dieser §. 12 folgendermassen:

„Dort, wo örtliche Verhältnisse besondere Mauthbefreiungen nothwendig erscheinen lassen, kann dieselben bei Landesstrassen der Landesausschuss, bei Bezirksstrassen der Bezirksausschuss, bei Gemeindestrassen der Gemeindeausschuss bei Feststellung der Bedingungen der Mauthverpachtung aussprechen.“

In Fällen, wo eine Partei unter Berufung

auf solche örtliche Verhältnisse um Mauthbefreiung ange sucht hat und abgewiesen wurde, kann sie bezüglich der Gemeindestrafen an den Bezirksaus schuß, bezüglich der Bezirksstrassen an den Landesaus schuß referiren.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die mit dem Inhalte dieses §.

Aber wir sind nicht beschlußfähig. (Zählt die anwesenden Mitglieder.) Es sind nur 108 Abgeordnete da.

Ich bitte den Hrn. Abg. Görner als Ordner-Stellvertreter die Herren zu erinnern, daß sie zur Abstimmung kommen.

(Pause. Allmählig finden sich 13 Abg. ein, so daß das Haus wieder beschlußfähig wird. Präsident läutet.)

Ich bitte diejenigen Herren, welche mit der eben vorgelesenen Fassung des §. einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Dr. Rieger: Já navrhuji, aby slavná sněmovna ráčila tento zákon ihned přijmouti v 3. čtení.

Jest zajisté žádoucí, aby z tohoto ač krátkého sněmování aspoň některé zákony vyšly v celosti své.

Oberstlandmarschall: Wenn der Landtag einverstanden ist, werden wir die 3. Lesung wie bei dem Armengesetze in der Art veranlassen, daß wir nur die abgeänderten §§. nochmals vortragen lassen; die aber nach dem Texte des Gesetzes geblieben sind, nicht. Also ich bitte, bloß die abgeänderten §§. vorzulesen, die stilistischen Aenderungen nicht; nur da, wo der §. in merito abgeändert wurde.

Landtagssekr. Schmiedt: Der §. 1 ist abgeändert worden, und zwar der Absatz 1. und 2. Alle Landesstrassen unterliegen der Bemaithung. Von den Bezirksstrassen sind jene zu bemaithen, welche von der Landesvertretung mit einem stabilen Erhaltungsbeitrag aus dem Landesfonde bedacht wurden. Die Entscheidung erfolgt über den Antrag der Bezirksvertretung durch den Landesaus schuß nach gepflogenen Einvernehmen mit der k. k. Statthalterei.

Gemeindestrafen sind in der Regel nicht zu bemaithen. Doch kann eine Mauthbewilligung ausnahmsweise auf Rücksicht besonderer Kostspieligkeit der Erhaltung einer solchen Straffe, oder wo es sich um die Bemaithung eines längeren, wichtigeren Straffenzuges handelt, über Ersuchen der Mehrheit der zur Erhaltung einer solchen Straffe verpflichteten Gemeinden und über Einrathen der Bezirksvertretung von der k. k. Statthalterei einverständlich mit dem Landesaus schuß ertheilt werden.

§. 1.

Veškeré zemské silnice podrobují se mýtu.

Na silnice okresní, k jichž udržování v dobrém způsobu zastupitelstvo zemské stálý příspěvek z fondu zemského udělí, uloží mýto k návrhu okresního zastupitelstva výbor zemský, smluviv se o tom s c. kr. náměstnictvím.

Na silnice obecní nebudiž vůbec mýto ukládáno. Jenom výjimkou, když udržování některé takové silnice v dobrém způsobu vyhledává zvláštního nákladu, anebo když tu jde o uložení mýta na nějakou delší neb důležitější část silnice, může povolení k tomu udělení místodržitelství, smluvivši se o tom s výborem zemským, když za to žádá většina k udržování takové silnice povinných obcí a když k tomu radí zastupitelstvo okresní.

Im §. 2 ist nur der 1. Absatz geändert worden. Die Absätze: a, b, und dann die weiteren Alinéas sind nach dem Antrage des Landesaus schusses angenommen worden. Der erste Absatz würde also lauten: §. 2. Brücken sind in der Regel nicht zu bemaithen. Eine Ausnahme kann von der Statthalterei, einverständlich mit dem Landesaus schuß, bewilligt werden.

V. §. 2. jen změněn odstavec 1. ostatní alíneý zůstaly podle návrhu zemského výboru.

1. odstavec §. 2. zní:

Na mosty nemá se vůbec mýto ukládati. Výjimkou může k tomu povolení dáti místodržitelství, smluvivši se o tom s výborem zemským atd.

§. 3.

V 3. odst. Trpěla-li by silnice dovážením a odvážením nákladu pro podobný závod jen u menší míře, a byl-li by závod pro položení šranku mýtního mýtem nepoměrně ztížen, mohou držitelé podobných závodů žádati, aby se jim poskytlo ulehčení v dovozu nákladu ustanovením úhrnečného platu, kterýž, nedocili-li se shoda, vyměří výbor zemský.

Im §. 3 ist eine kleine Aenderung im 3. Absatz. Falls aber der Verkehr eines solchen Werkes eine Landes-, Bezirks- oder Gemeindestraße nur auf eine kurze Strecke benützt, und zufolge der Lage des Mauthschranks in unverhältnißmäßigem Grade belastet würde, so können solche Werke eine mindere Belastung ihres Verkehrs im Wege der Feststellung einer Pauschalsumme in Anspruch nehmen, welche, wenn eine Vereinbarung nicht erzielt werden sollte, vom Landesaus schusse festzustellen ist.

§. 4 lautet: Das Mautherträgniß hat jener Fond zu beziehen, welchem die Erhaltung der betreffenden Straffe, beziehungsweise Brücke im guten Zustande obliegt, die übrigen Absätze sind geblieben.

V §. 4. jest změněn jen 1. odstavec a sice:

Co mýto vynáší, splývati má do toho fondu, jemuž náleží silnici neb most v dobrém způsobě udržovati.

§. 5 lautet: Die Mauthgebühr wird bei Landes- und Bezirksstrassen für eine Meile, u. z. von einem Zugthiere in der Bespannung mit 3 Kreuzer, von einem Stück schweren Triebviehs oder Zugviehes außer der Bespannung mit 2 kr., von einem Stück leichten Triebviehs mit einem halben Kreuzer bemessen. Jenes Vieh, welches getragen oder gefahren wird, unterliegt nicht der Mauth.

Auch bei der ausnahmsweisen Bemaithung

einer Brücke ist in der Regel kein höherer Tariffsaß zu gestatten.

Bei Gemeindestraßen darf der bewilligte Tariffsaß die Hälfte des hier festgestellten, und bezüglich des leichten Triebviehs den Betrag von $\frac{1}{2}$ fr. nicht übersteigen. Die letzte Mlinea ist ganz geblieben.

§. 5.

Mýtní poplatek na silnicích zemských a okresních vyměřuje se za 1 mili takto:

Od kusu tažného dobytka zapřaženého 3 kr.
 Od kusu těžkého dobytka hnaného nebo tažného, není-li zapřažen 1 „
 Od kusu lehkého dobytka hnaného $\frac{1}{2}$ „

Z dobytka, který se nese nebo veze, neplatí se mýto.

Vyšší sazby nebudiž více povoleno i tenkrát, když se na most nějaký výjimkou uloží mýto.

Na silnice obecní nesmí se ukládati mýta vyššího než činí polovička sazby, svrchu vyměřené, a nesmí od páru lehkého dobytka hnaného převyšovati $\frac{1}{2}$ kr.

Ostatní zůstane.

§. 6. zní:

V kterém místě zříditi se má mýto, ustanoví, co se týče zemských silnic, výbor zemský, co se týče jiných silnic, v mezích uděleného povolení mýta v §. 1, výbor okresní. Místo to buď vůbec označeno mýtním sránkem, v lidnatých dědinách a tam, kde má silnice úzký průchod, znatelným sloupem s tabulkou, na níž psána jest v obou řečích zemských mýtní sazba,

Pokud lze, buď místo k vybírání mýta určeno, vně města nebo osady. Nalézá-li se v osadě také mýto erární, buď sjednáno o tom s příslušným úřadem finančním.

Místa, k vybírání mýta, ustanoviti se mají pokud možná stějně daleko od sebe, totiž vždy na mili jedno od druhého. —

Jenom v takových případech, kdež z příčiny bezpečnosti, nebo nákladu nepoměrného na stavbu neb na vybírání není radno, zvláštní mýtniciz říditi, může se vzdálenost jednoho mýta od druhého určití na $1\frac{1}{2}$ a nejvýše na 2 mile, nebo se může zmenšiti vzdálenost tato na $\frac{3}{4}$ mile.

§. 6 lautet: Der Ort, wo eine Mauth zu errichten ist, wird bei Landesstraßen durch den Landesauschuß, bei anderen Straßen nach Maßgabe der erteilten Mauthbewilligung (§. 1) durch den Bezirksauschuß bestimmt, und ist in der Regel durch einen Mauthschraken, in starkbevölkerten Orten und engen Durchzugsstraßen mit einer kenntbaren Säule und einer Tafel, welche den Mauthtariffsaß in beiden Landessprachen enthält, zu bezeichnen. Die Mauthhebungspunkte sind, so weit als thunlich, außerhalb des Reichbildes einer Ortschaft zu bestimmen, und Falls im Orte auch eine ärarische Mauth ist, ist darüber mit der betreffenden Finanzbehörde das Einvernehmen zu pflegen.

Diese Mauthhebungspunkte sind ferner in möglichst gleicher Entfernung, und zwar in der Ent-

fernung von einer Meile von einander aufzustellen. Nur in jenen Fällen, wo die Errichtung eines eigenen Mauthhäuschens aus Sicherheitsrückichten oder wegen unverhältnißmäßigen Bau- und Einhebungskosten nicht gerathen erscheint, kann die Mauthdistanz auf $1\frac{1}{2}$ und höchstens 2 Meilen Distanz ausgedehnt oder $\frac{3}{4}$ Meilen an einandergerückt werden.

Oberstlandmarschall: Es ist stilistisch abgeändert worden, „verkürzt werden“, weil die Mauthdistanzen nicht an einander gerückt werden können.

Landtagssekr. Schmidt: Im §. 7 sind nur folgende Aenderungen, u. z. im 1. Absätze ist das Wort „stempelfrei“ ausgelassen worden: „a) Bei Bezirksstraßen u. s. w.“ ist gleich geblieben. Der Absatz „Bei Gemeindestraßen u. s. w.“ ist nur dahin verbessert worden, daß vor dem Worte Einbegleitung, sowie es im Böhmischen ist, gesetzt worden ist „gutächtlichen.“

Oberstlandmarschall: Der Absatz b) ist aber geändert worden; ich bitte ihn vorzulesen.

Landtagssekretär Schmidt (liest): Der von einem Techniker nach dem Maßstab von 1"—500" verfaßte Situationsplan, welcher die Richtungslinie der zu bemauthenden Straße, dann die an derselben oder zunächst derselben gelegenen Ortschaften im Umkreise von 2 Meilen, ferner die beantragten Mauthhebungspunkte, desgleichen alle, an die zu bemauthende Straße anschließenden Reichs-, Landes-, Bezirks- oder Gemeindestraßen mit den von denselben berührten Ortschaften, sowie die an diesen Straßen bestehenden Mauthstationen nachzuweisen hat.

Oberstlandmarschall: Auch der Eingang ist abgeändert worden. Der Absatz b) hat zu lauten im Eingange: „Ein genauer Situationsplan, welcher die Richtung der zu bemauthenden Straße u. s. w.“

Sněmovní sekr. Schmidt čte: Zevrubný plán situačný, v kterémz vyznačiti třeba jest směr silnice, na které se mýto vybírati má, pak osady v okrslku 2 mil na této silnici neb poblíže silnice ležící, dále navržená místa k vybírání mýta, rovněž i veškeré, se silnicí onou se stýkající silnice říšské, zemské, okresní a obecní i s osadami, kterýchž se dotýkají tyto silnice, jakož i stanice mýtní, které na těchto silnicích zřizeny jsou.

Oberstlandmarschall: Die übrigen Absätze sind nach dem Antrage des Landesauschusses.

Landtagssekretär Schmidt (liest): §. 8 lautet: Die dormal bestehenden Mauthen auf Straßen, deren Unterhaltung dem Landes- oder Bezirksfonde obliegt oder an denselben übergeht, können sogleich nach den, in diesem Gesetze festgestellten Tariffen und Vorschriften regulirt werden, insoferne dem nicht etwa ein bestehendes Pachtverhältniß oder andere Privatrechte entgegen stehen. Wird über die verpachteten Mauthen mit dem Pächter kein Vergleich vereinbart, so sind solche Mauthen bis zu dem Zeitpunkt, mit welchem kontraktmäßig die Aufhebung

des Pachtverhältnisses zulässig wird, nach den bisherigen Tariffen zu erheben, doch soll das Erträgniß für die Zeit, in welcher die Verwaltung bereits zur Last des Landes- oder Bezirksfondes stattfindet, verhältnißmäßig diesem Fonde zugewiesen werden. Wo auf Landes- oder Bezirksstraßen besondere Brückenmauthen bestehen, haben dieselben nach Ausgange des allfälligen Pachtes zu entfallen.

§. 8.

II. Co platí o mýtech již zřízených.

Mýta, která jsou nyní již zřízena na silnicích, jejichž vydržování náleží zemskému neb okresnímu fondu, mohou se upraviti hned po schválení tohoto zákona dle sazeb a předpisů, v zákoně tomto ustanovených, pokud tomu nevádí snad smlouva o nájem dosud platná, neb jiná práva soukromá. Mýta však pronajatá, s jejichž nájemcem vyrovnání se nedocílí, budtež vybírána dle sazeb posavadních až do toho času, kdy se dle smlouvy poměr nájemní bude moci zrušiti; vybrané mýto budiž však za ten čas, v kterém se správa vedla na náklad zemský neb okresní, odváděno poměrně fondu tomuto.

Zvláštní mýta, doposud z mostů, na silnicích zemských nebo okresních vybíraná, přestaňtež se vybíráti, jakmile zákon tento schválení dojde, po případě, jakmile projde doba nájmu mýta.

§. 9. se nezmění.

§. 9 ist ganz unverändert geblieben.

Na místě §. 10. který se zamítnul a tím odpadl, nastoupil starý §. 11. co §. 10. a zní:

IV. O zmenšení mýta neb osvobození od toho samého.

§. 10.

V místech, kde se mýto vybírá, zapravovati mají obyvatelé poplatek mýtní jenom jednou, a to při vcházení do toho místa.

Místa souvislá, nebo taková, která jsou oddělená pouze mostem, pokládají se v případě tomtu za místo jediné.

§. 10 alt, ist ganz abgelehnt worden.

§. 10 neu, lautet: In Mauthorten haben die Bewohner die Mauthgebühr nur einmal u. z. beim Eintritte in den Ort zu entrichten, zusammenhängende Orte, oder Orte, welche nur durch eine Brücke getrennt sind, werden in diesem Falle als ein einziger Ort betrachtet.

Dr. Rieger: §. 11. Já ho ještě jednou přečtu dle návrhu zemského výboru, který je spojen s §. 14: Na veřejných silnicích, ježto nejsou erární, mají co se týče osvobození a placení od mýta, platnost tatáž ustanovení, jakáž platná jsou v přímě této na silnicích erárních. Usneslo-li se zákonodárství říšské na jiných osvobozeních od placení mýta, mají osvobození plnou platnost míti na všech mýtu podrobených silnicích, ježto nejsou erární.

§. 12. má znění: Kdekoliv by místní poměry zvláštní některá osvobození od mýta nutnými činily, může je vyřknouti při ustanovení výminek

pronájmu mýta pro silnice zemské, zemský výbor pro silnice okresní, výbor okresní a pro silnice obecní, výbor obecní.

Kdyby někdo odvolává se k těmto zvláštním poměrům místním o osvobození od mýta požádal a s žádostí svou odmrščen byl, může rekurovat, jednali se o silnice obecní, k okresnímu výboru a jde-li o silnice okresní, k zemskému výboru.

§. 11 hat zu lauten: Auf öffentlichen nicht-ärarischen Straßen gelten rücksichtlich der Mauthbefreiungen die dieselfalls auf Aerialstraßen bestehenden Bestimmungen und es sollen auch künftig hin etwa von der Reichsgesetzgebung noch zu erlassende Mauthbefreiungen auf allen bemautheten nicht-ärarischen Straßen volle Geltung haben.

§. 12. Da, wo örtliche Verhältnisse besondere Mauthbefreiungen nothwendig erscheinen lassen, kann dieselben bei Landesstraßen der Landesausschuß, bei Bezirks- oder Gemeindeftraßen die Bezirksvertretung oder der Gemeindefausschuß, bei der Feststellung der Bedingungen der Mauthverpachtung aussprechen. In Fällen, wo Parteien unter Berufung auf solche besondere örtliche Verhältnisse die Mauthbefreiung angefordert haben und abgewiesen wurden, können sie bezüglich der Gemeindeftraßen an den Bezirksausschuß, bezüglich der Bezirksstraßen an den Landesausschuß referiren.

Landtagssekretär Schmidt: Kapitel VI. Mauthverkürzungen, jest muß es heißen Kapitel V.

Der §. alt 16 wird jetzt 13, und ist ganz unverändert geblieben, wie er vom Landesausschuß beantragt wurde.

Paragraf starý 16 jest nyní §. 13 a nebyl změněn.

Starý §. 17. jest nyní §. 14 a též žádné změny v něm se nestalo.

§. 17 alt ist jetzt §. 14 und ist so angenommen worden, wie er vom Landesausschuß beantragt wurde.

Starý §. 18. jest nyní §. 15. a nestalo se v něm žádné změny. Kapitola VIII. bude nyní kap. VII a starý §. 19. jest nyní §. 16.

V tomto paragrafu se citují paragrafy, které předchází a sice dle starého znění uvádí se §§. 16., 17. a 18. a nyní musejí býti citovány §§. 13., 14. a 15.

Dr. Rieger: Nur werden die Kapitelaufschriften geändert; daß frühere Kapitel VI. wird heißen V., Kapitel VII. wird heißen VI.

Landtags-Sekretär Schmidt: §. 18 alt ist auch ganz unverändert geblieben und wird jetzt §. 15.

Starý §. 20. jest nyní 17. a zní:

Z nálezů trestních, vydaných od obecního představenstva v záležitostech mýtních jest se odvolati k okresnímu úřadu politickému, jemuž přísluší rozhodování o sporech stran osvobození od placení mýta povstalých.

Kapitel VIII. wird Kapitel VII.; daß ist von

der Ausübung des Strafrechtes und der Einflußnahme der Staatsverwaltung.

Die in diesem 1. Absatze zitierten §§. haben sich auf die alte Numerirung bezogen und es wird statt §. 16, 17, 18 jetzt angeführt werden müssen 13, 14, 15. — §. 20 wird jetzt §. 17 und lautet folgendermaßen:

Berufungen gegen Straferkenntnisse der Gemeindevorsteher in Mauthangelegenheiten sind an die politische Bezirksbehörde zu richten, welcher auch die Entscheidung der Streitigkeiten über Mauthbefreiungen obliegt.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herrn, die das so eben vorgetragene Gesetz in dritter Lesung annehmen, aufzustehen. (Geschicht.) Majorität. Es ist angenommen.

Wir kommen nun zu dem Berichte des Landesauschusses über die zu bewilligenden Gemeindevumlagen.

Dr. Brauner: Slavný sněme!

Zemský výbor sestavil žádosti obcí o přírážkách dílem k přímým daním, dílem k daním z potavy způsobem jak lonského roku se slavný sněm usnesl, tabulárním. Tato tabule, která obsahuje všechny žádosti, jich odůvodnění a také uvedení toho zdalíž orgány, které se o tom vysloviti mají, jako okresní zastupitelstva, finanční správy, jsou-li s tím srozuměny, též jest obsaženo v této tabuli. Výbor zemský každou žádost jednotlivě proskoumal, o ní se usnesl, a na základě svých usnešení činí o žádostech takových, jichž jest 31., návrh k zákonu zemskému:

Zákon,

daný pro království České, kterýmž se uděluje obcím povolení vybírání přírážek:

K návrhu sněmu Mého království Českého vidí se mi povoliti:

A teď přijde každá obec s okresem udána, obsah žádosti a i to, na čem se výbor zemský usnesl. Já si dovolím pro krátkost času, obce, které jsou německé přednést po německu, obce české pak jen po česku, a dovolím si učiniti návrh, aby při každé obci, jak brzo přednešena bude její žádost, aby se hned hlasovalo.

Es möchte bei jeder Gemeinde, wenn der Gegenstand ihres Ansuchens bekannt gegeben wird, und der Antrag auf Bewilligung des begehrten Zuschlages lautet, gleich die Abstimmung erfolgen.

Oberstlandmarschall: Der Hr. Dr. Brauner meint, insofern die Eingaben böhmisch lauten, den Absatze böhmisch, insofern sie deutsch lauten, deutsch vorzulesen.

Ich werde die Abstimmung derart einleiten, daß über die der Gemeinde zu bewilligenden Umlagen gleich bei der Vorlesung abgestimmt wird, und dann das Gesetz im Ganzen noch einmal angenommen wird.

Dr. Brauner: Všechny žádosti v tištěné správě jest 29, avšak jak si dovolím ku konci podotknouti, jsou ještě žádosti 2, o nichž se včera

zemský výbor vyslovil, a tedy jich bude 31. Jest to ještě žádost města Mladé Boleslavi a města Dobrušky.

Die Gemeinde Schmiedeberg, Bezirk Preßnitz bittet um Einhebung eines Zuschlages von 33 % von den direkten Steuern zur Deckung des Gemeindeerfordernisses für das Jahr 1865.

Es wird angetragen auf Bewilligung durch ein Landesgesetz.

Oberstlandmarschall: Diejenigen Herren, die dem Antrage beistimmen, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Dr. Brauner: Der Gemeinde Falkenau — Kittlitz, Bezirk Haida, die Einhebung einer Umlage von 1 kr. von jeder Maaß des daselbst zur Verzehrung kommenden Bieres auf die Dauer von 3 Jahren.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, welche für die Bewilligung sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichterstatter Brauner: Der Gemeinde Mautau, Bezirk Staab, Einhebungszuschlag von 30 Prozent zu direkten Steuern pro 1866.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, welche sich für die Bewilligung aussprechen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Zpravodaj Dr. Brauner: Obec Zásada v okrese Železnobrodském za vybirání piva dalsích 5 roků přírážky na pivo a na kořalku, kteréž nejvyšším rozhodnutím ze dne 17. června běžícího roku na jeden rok povoleny byly.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichterstatter Dr. Brauner: Der Gemeinde Eger, die Einhebung einer Umlage von 1 kr. ö. W. von jeder Maaß Bier auf die Dauer von 10 Jahren.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, welche mit der Bewilligung einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichterst. Dr. Brauner: Der Gemeinde Rothaujezd, Bezirk Staab, die Einhebung eines 41 1/8prozentigen Zuschlages zu den direkten Steuern für das Jahr 1866.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichterst. Dr. Brauner: Der Gemeinde Dittersbach, Bezirk Böhm.-Kamnitz, die Einhebung eines Zuschlages von 40 1/2 pCt. zu den direkten Steuern auf die Dauer von 4 Jahren.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichterst. Dr. Brauner: Der Gemeinde Ried. Kamnitz, Bez. Böhm. Kamnitz, eine Umlage von 1 kr. von jeder Maaß Bier für die Dauer von 5 Jahren.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen

Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichterst. Dr. Brauner: Der Gemeinde Schönau, Bezirk Graslitz, die Einhebung eines Zuschlages von 41½ Perzent und der Ortschaft Pechbach und Schönau, 57 pCt. der direkten Steuern für das Jahr 1866.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Zpravodaj dr. Brauner: Obec Čicov v okresu Kosteleckém nad Orlicí přirážku 43 pct. k přímým daním k uhrazení schodku na rok 1865.

Oberstlandmarschall: Die Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichterst. Dr. Brauner: Der Gemeinde Marschowitz, Bezirk Gablenz, die Einhebung eines Zuschlages von 25 pCt. zu den direkten Steuern pro 1866.

Oberstlandmarschall: Die Herren, welche zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichtstatter Dr. Brauner: Die Gemeinde Schönau, Bezirk Teplitz, den Fortbezug der ihr mit allerhöchster Beschließung vom 8. Juni 1863 für 6 Jahre bewilligten Umlage von 1 fr. von jeder Maß Bier auf weitere 10 Jahre. Dabei erlaube ich mir zu bemerken, daß, obwohl die 6 Jahre noch nicht verfloßen sind, die Gemeinde Schönau einen ähnlichen abgeschlossen hat, und um dieses Ansehen für einen wichtigen Gemeindefweck im Vorhinein zu sichern, wurde ihr die Bedingung gestellt, daß sie sich zur Deckung desselben den Bierkreuzer auf weitere 10 Jahre zu sichern habe, daher das Einschreiben noch früher als in der früher bewilligten Periode zu Ende geht.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Posl. Brauner čte: Obci Budě okresu Křivoklátského vybírání přirážky 45 pct. a osadě Čamrdovky vybírání přirážky 39½ pct. ke všem daním přímým. Tyto obce jsou spojeny.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichtstatter Dr. Brauner: Der Gemeinde Meistersdorf mit Utrichthal, Bezirk Böhm. Kamnitz, die Einhebung einer Umlage von 1 fr. von jeder Maß des daselbst zur Verzehrung gelangenden Bieres auf die Dauer von 6 Jahren.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Posl. Brauner čte: Obci města Poličky vybírání přirážky 38 pct. k přímým daním na rok 1866.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren,

die zustimmen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Dr. Brauner čte: Obci Buckovu okr. Ou-noštského, aby ji další vybírání přirážky jednoho krejcaru z každého mázu piva tam spotřebovaného povoleno bylo, které již Nejvyšším rozhodnutím ze dne 30. května 1866 na rok 1866 povolené měla.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die zustimmen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Dr. Brauner: Der Gemeinde Baeringen, Bezirk Platten den Fortbezug der ihr mit allerh. Entschließung vom 20. Juli 1866 für ein Jahr bewilligten Umlage von einem Kreuzer von jeder Maas des daselbst zur Verzehrung gelangenden Bieres auf weitere 9 Jahre.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Posl. Brauner čte: Obec města Vysokého mýta, aby další prodloužení povolené bylo k vybirání přirážky pivního krejcaru a 2 kr. z každého stupně kořalky ve vědře 40mázovém obsazeném na další 4 roky. Na rok 1866 již to povoleno měla.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Posl. Brauner čte: Obci Lomnici na další povolení přirážky 2 zl. 40 kr. z každého vědra tam zpatřebované kořalky na čas 9 roků, která přirážka na rok předešlý prozatímním zákonem zemským byla povolena.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Posl. Brauner čte: Obce Roztoky s osadou Nouzovem okr. Jilemnického za další, již na 1 rok povolené vybírání přirážky jednoho krejcaru z každého mázu tam spotřebovaného piva na další 4 roky.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Dr. Brauner: Der Gemeinde Alt-Chrenberg, Bezirk Schluckenau, die Einhebung eines Zuschlages von 25% zu den direkten Steuern für das Jahr 1866 zur Deckung des Defizites aus dem Jahr 1865.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Posl. Brauner čte: Obec Plaňany, okres Kouřimský, za vybírání přirážky 1 kr. z každého mázu piva na 3 roky.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Dr. Brauner: Der Gemeinde Sauerfack

mit Neuhaus, Bezirk Neubef, die Einhebung eines Zuschlages von 35% zu den direkten Steuern für das Jahr 1866.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die zustimmen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Dr. Brauner: Der Gemeinde Böhmisch-Reichenau, Bezirk Kaplitz, den Fortbezug der ihr mit allh. Entschliessung vom 3. Oktober 1866 bewilligten Umlage von einem Kreuzer von jeder Maass des dafelbst zur Verzehrung gelangenden fremden und einheimischen Bieres auf weitere 4 Jahre.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Dr. Brauner: Der Gemeinde Eidenberg, Bezirk Neubef, die Einhebung eines Zuschlages von 37% zu den direkten Steuern für das Jahr 1866.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Dr. Brauner: Obci Domažlicům vybirání přirážky 1 kr. z každého mázu tam spotřebovaného piva na dobu 10 roků.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die zustimmen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Wird angenommen.

Berichterstatter: Die Gemeinde Podesam bittet um Fortbezug der ihr mit allh. Entschliessung vom 24. September l. J. bewilligten Umlage eines Bierkreuzers auf weitere 4 Jahre.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Zpravodaj dr. Brauner: Obec Komárov s osadou Kleštěncem, okresu Hořovického, za další vybirání již na jeden rok povoleného pivního krejcaru na další 4 léta.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Zpravodaj dr. Brauner: Obec Husinec, okresu Prachatického, za další jí již na 1 rok povolené vybirání přirážky pivního krejcaru na další 4 léta.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Zpravodaj dr. Brauner: Dále ještě od toho času, když zpráva byla v tisku, vyřízeny jsou 2 žádosti, totiž žádost obce Mlado-Boleslavské za vybirání přirážky 1 zl. 20 kr. z každého vědra vína tam spotřebovaného a 1 zl. 80 kr. za každé vědro kořalky tam vytočené na 10 roků a rovněž za další až do roku 1872 již povolené vybirání pivního krejcaru na čas 10 roků a to až do konce roku 1882.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen

Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Zpravodaj Dr. Brauner: Obec Dobruška za vybirání přirážky 1 krejcaru z každého vyčepovaného mázu piva a 80 kr. z každého tam zpotřebovaného vědra 20ti stupňové kořalky na 10 roků.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht, angenommen.)

Nachdem alle diese Bewilligungen von Zuschlägen und Bierkreuzern in ein Landesgesetz formuliert, aufgenommen werden, so werde ich, wenn das Haus einverstanden ist, gleich zur 3. Lesung schreiten. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit den jetzt einzeln abgestimmten Punkten, somit mit dem ganzen Landesgesetze über Bewilligung dieser Bierkreuzer in dritter Lesung einverstanden sind, aufzustehen. (Geschicht.) Es ist angenommen.

Meine Herren! es ist heute noch zu zeitlich. Wenn der Landtag damit einverstanden ist, so glaube ich, daß wir noch den Kommissionsbericht, betreffend der Gewerbsvorschußkassen, welcher bereits gedruckt vertheilt ist, heute vornehmen könnten. (Rufe: ja! und Rufe: noch eine Wahl.) Ich bitte den betreffenden Berichterstatter über den Kommissionsbericht, betreffend die Gewerbsvorschußkassen.

Dr. Karel Roth:

Slavný sněme!

Komise, kterážto v sezení 17. prosince zvolena byla, aby vypracovala osnovu zákona o upravení právních poměrů občanských záložen, sešla se den na to, kdy zvolena byla, aby k vykonávání své úlohy přikročiti mohla. Vzala v pořadu tuto věc velmi důležitou, a uznala, poněvadž čas našeho sněmování jest tak krátký, předmět její práce ale tak důležitý, že nelze jí více, aby vyhověla úloze, která na ni vznesena byla. Nicméně viděla komise, že jest velmi důležité, aby se práce v tomto předmětu dále pracovalo, vidělo se komisi, že bude radno i záhodno, aby orgán náš, který, když sněm přestane působiti, neustále dále pracuje, aby orgán náš, totiž zemský výbor, v této věci pracoval dále. Jak již Jeho Excel. p. hr. Lev Thun naznačil, jest radno, aby vysoká vláda i této věci péči věnovala, dále jest radno a žádoucné, aby znalci v této věci slyšení byli, aby podali rady, v jakém směru se pokračovati má. Konečně uznala komise, že v petičích občanských záložen tolik vzácného a hojného materialu obsaženo jest, že zemský výbor, když se smluví se znalci a dorozumí s vládou, a když toho materialu užije, zajisté úlohu svou vyplniti může a že bude moci osnovu zákona předmětu tak důležitého v příštím zasedání předložiti. Proto uzavřela komise jednohlasně, slav. sněmu učiniti návrh: Veškeré petice v letošním zasedání sněmu podané a k upravení právních poměrů občanských záložen zákonodární cestou směřující, odkazují se zemskému výboru, kterému se ukládá,

aby se se znalci a c. vládou dorozuměl, a ve směru usnešení sněmovního 17. prosince osnovu zákona o upravení právních poměrů občanských záložen vypracoval, a sl. sněmu v příštím zasedání k poradě a uzavření předložil.

Der hohe Landtag wolle beschließen: es seien sämtliche die Regelung der Rechtsverhältnisse der Gewerbevorschusskassen in Böhmen im Wege der Gesetzgebung anstrebenden in der heurigen Landtagsession eingereichten Petitionen dem Landesauschusse mit dem Auftrage zu überweisen, derselbe habe unter Zuziehung von Sachmännern und nach gepflogenem Einvernehmen der k. k. Regierung, im Sinne des Landtagsbeschlusses vom 6. Dezember laufenden Jahres, einen Gesetzentwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Gewerbevorschusskassen in Böhmen auszuarbeiten und dem h. Landtage in der nächsten Session zur Berathung und Beschlussfassung vorzulegen.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen, wenn nicht, so werde ich den Antrag zur Abstimmung bringen.

Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage beistimmen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Ich werde nur noch einen Petitionsbericht, der kurz und dringend ist vorlesen lassen und dann die Sitzung schließen. Dieser Bericht ist mir von der Petitionskommission insbesondere dringend empfohlen worden.

Referent Hr. Stangler!

Ist er nicht da?

Rufe: Er ist draußen, man wird ihn holen. —

Oberstlandmarschall: Wo ist er denn? — Rufe: In der Restauration. — Oberstlandmarschall: Ich bitte ihn zu rufen, oder will vielleicht einer der Herren den Hrn. Referenten vertreten und den Bericht vorlesen? Ich bitte nur die Zahl der Petitionen zu nennen. (Oberstlandmarschall läutet.)

Dr. Karl Roth: Die Gemeinden Ujezd, Labant, Miliš, Neudorf, Lusen, Jeničen und die Domänen Haid, Mayershofen, Altjetlich, haben sub 49 im heurigen Jahre eine Petition eingereicht, worin sie die Bitte stellen, es möge der h. Landtag dahin wirken, daß den jetzt überhand nehmenden Holzdiebstählen Einhalt gethan werde, daß überhaupt getrachtet werde, daß der Schutz des Waldeigenthums auf erspriesslichere Weise als bisher geübt werde.

Der Herr Referent ist soeben gekommen und wird in der Lage sein referiren zu können.

Slavný sněme račiž se usnėsti na tom, aby tato žádost, týkající se veškerého majetku lesního v Čechách, předložili se vládě s pilnou prosbou, by vyšetřila, zdaliž a pokud tato stížnost způsobena byla závadností zákonů, jich chybným vykládáním nebo nedostatečným jich vykonáváním, aby, shledalo-li by se, že zákony jsou závadné, náležitým jich vyložením a řádným vykonáváním této podstatné stížnosti způsobem ústavním se odvarovaly.

Abg. Stangler liest weiter: Die Schlussbitte der Petition geht dahin, daß erstens der hohe Landtag die Einleitung treffe, daß die gerichtlichen Verhandlungen nach einer Anzeige möglichst schnell eingeleitet werden, zweitens, daß die in contumaciam verurtheilten Holzdiebe möglichst bald zur Ablösung der ihnen zuerkannten Strafe vorgeführt und nicht willkürlich und aus unzeitigem Gefühle mit abgekürzter Strafzeit entlassen werden möchten.

3. Daß bei Holzdiebstählen, die aus Gewinnsucht, Gewohnheit und oftmaligen Wiederholung verübt werden, mit empfindlicheren Strafen als bloßem Arrest von einigen Stunden, wo oftmals noch die Zeit des vorgeschriebenen Erscheinens bis zur Aburtheilung eingerechnet ist, auch zuweilen nach vorgebrachten Bitten willkürlich noch abgekürzt werden, wie nach dem Gesetze nicht nach der Herzensgüte des Richters zuerkannt werde.

4. Daß jene Holzdiebe, welche ein Eigenthum z. B. ein Haus, eine Wirtschaft oder sonst einen Viehstand besitzen auch mit Geldstrafen etwa zum Armenfonde belegt werden möchten, da diese jedenfalls empfindlicher als Arreststrafen von einigen Stunden sind.

5. Daß zu jeder Jahreszeit ob Sommer oder Winter die Bestrafung der Holzdiebe vollzogen werden möchte.

6. Der hohe Landtag möge gnädigst gestatten, daß durch die Bezirksvertretung alljährig ein Bericht über den Schutz des Waldeigenthumes dem hohen Landesauschusse vorgelegt werden darf.

Unterschieden sind 6 Gemeindevorsteher 3 Beisitzer und 2 Beamte.

Die Petitions-Kommission konnte sich nicht verhehlen, daß in dieser Petition ein sehr wunder Fleck in unsern socialen Zuständen berührt werde, und ist es schon eine traurige Erscheinung, daß die Sicherheit des Eigenthumes so sehr gefährdet ist, so ist diese Erscheinung um so trauriger, wenn diese Gefährdung des Eigenthums nicht bloß in einigen wenigen Orten oder einem Bezirke, sondern in allen Bezirken Böhmens stattfindet, und daß diese Gefährdung des Waldeigenthums in allen Gegenden Böhmens beklagt wird, haben alle bei der am 15. d. M. stattgehabten Sitzung anwesenden Mitglieder der Petitions-Kommission einstimmig ausgesprochen, und es bestätigte diesen Ausspruch ein hochverehrtes Mitglied, das Präsident des böhm. Forstvereins ist.

Allein noch beklagenswerther wird diese Erscheinung, wenn dem Waldeigenthume nicht der angemessene Schutz durchs Gesetz und dessen Handhabung gewährt wird, welchen Schutz doch jeder Besizende im geordneten Staate auszusprechen be-rechtigt ist.

Auch in dieser Beziehung haben sich die Kommissions-Mitglieder über die Mangelhaftigkeit der Gesetze, deren unrichtige Auffassung und der ungenügenden Handhabung ausgesprochen, und daß somit eine Abhilfe in dieser Rücksicht äußerst wün-

schenswerth sei, und daß insolange sich in der Bevölkerung das Rechtsbewußtsein in Bezug des Mein und Dein nicht tiefer eingelebt, insolange die Volkserziehung nicht mehr vorgeschritten sein wird — insolange wird wohl nichts erübrigen, als diesen begründeten Beschwerden durch die Schärfe des Gesetzes gerecht zu werden, um diesem sowohl in sozialer als national-ökonomischer Beziehung verdammungswerten Waldholzdiebstahle Gehalt zu thun.

Das Waldeigenthum ist von sehr großen Umfang, es umfaßt 2,619.474 Joch, also an 299% des ganzen Produktions-Bodens Böhmens, es repräsentirt somit ein immenses Kapital in unserm Nationalvermögen. Dasselbe ist daher durch seine Größe von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit, die Kürze der Zeit gestattet nicht, auch seine große Bedeutung in national-ökonomischer Beziehung hervorzuheben, welche ja obnehin allen Mitgliedern des h. Landtages bekannt ist.

Der Wald bedarf aber vermöge der Natur seiner Beschaffenheit einen besonderen Schutz des Gesetzes, weil er durch seine offene, oft sehr abseitige Lage der frevelnden Hand umsomehr ausgesetzt ist.

Die Kommission, deren Berichterstatter zu sein ich die Ehre habe, war sich bewußt, daß diese wohl nur von einigen wenigen ausgegangene Beschwerde nicht bloß die Beschwerde diese wenigen, sondern alle Waldbesitzer Böhmens tief berühre; sie hielt sich daher verpflichtet, dem Gegenstande besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und beschloß in Berücksichtigung der durch das Gesagte begründeten Wichtigkeit dem h. Landtage den Antrag zu stellen, diese Petition, wie es in voriger Session bei dem Sicherheitsantrage geschehen ist, einer besondern Kommission zuzuweisen mit der Weisung, dem h. Landtage mit Rücksicht des §. 19 a) der Landesordnung Anträge und Vorschläge zur Abhilfe dieser Beschwerden vorzuschlagen.

Allein, da durch die mittlerweile bekannt gegebene Schließung des Landtages eine solche Kommission nicht mehr in der Lage wäre, eine solche Aufgabe zu lösen, somit der Zweck eine baldmögliche Abhilfe zu schaffen, nicht erreicht würde, so stellt die Petitionskommission nachfolgenden motivirten Antrag:

In Erwägung, daß die Beschwerde der Petenten in Bezug des massenhaften, schreckenerregenden Waldholzdiebstahls und dessen ungenügende Bestrafung nach Ausspruch aller in der am 15. d. M. stattgehabten Sitzung anwesenden Mitglieder der Petitionskommission nicht bloß im Pstraumberger Bezirke, sondern in allen Bezirken Böhmens mehr oder weniger vorkommen; in Erwägung, daß das Waldeigenthum einen großen Theil unseres National-eigenthums repräsentirt und auch in nationalökonomischer Beziehung von nicht minderer Wichtigkeit ist; in endlicher Erwägung, daß das Waldeigenthum durch seine Beschaffenheit dem Diebstahle um somehr ausgesetzt ist, je weniger demselben Schutz durch die Gesetze und deren Handhabung gewährt wird: so

wolle der h. Landtag in geneigter Erwägung aller dieser Gründe beschließen:

Es sei diese Petition als eine den ganzen Waldbesitz Böhmens betreffende der h. k. k. Regierung mit dem dringendsten Ersuchen zu übergeben, damit sie erhebe, ob und inwieferne diese Beschwerden in Bezug des Waldholzdiebstahls durch etwaige Mangelhaftigkeit der bestehenden Gesetze für den Schutz des Waldeigenthums, oder aber durch ungenügende Handhabung derselben herbeigeführt werden, und damit nach Befund der Mangelhaftigkeit dieser Gesetze im verfassungsmäßigen Wege abgeholfen, durch richtige Auffassung und tüchtige Handhabung dieser Gesetze dem immer weiter greifenden Uebel gesteuert werde.

Slavný sněm račiž usnésti se na tom, aby tato žádost, týkající se veškerého majetku lesního v Čechách, předložila se c. kr. vládě s pilnou prosbou, aby vyšetřila, zdaliž a posud tato stížnost způsobena byla závadností zákonů, jich chybným vykládáním nebo nedostatečným jich vykonáváním, aby shledalo se, že zákony jsou závadné, náležitým jich vyložením a řádným vykonáváním tyto podstatné stížnosti způsobem ústavním se odstraňovaly.

Oberstlandmarschall: Ich bitte, Hr. Graf Kolowrat!

Abg. Graf Kolowrat: Ich habe diese Petition überreicht; ich habe schon im vorigen Jahre eine ähnliche überreicht; ich weiß nicht, was mit ihr geschehen ist. Wahrscheinlich ist sie der Regierung übergeben worden, aber durch die Siftirung aller Amtshandlungen mag sie in Vergessenheit gerathen sein; denn das Pstraumberger Bezirksgericht geht eben so lau in der Bestrafung jetzt im Jahre 1866 vor, wie im Jahre 1865. So z. B. bestraft es Holzfrevel mit 6 Stunden Hausarrest. (Heiterkeit.) Dadurch wird namentlich die Inwohnerschaft von Labant, — ich berufe mich auf alle Herren, welche in der Gegend bekannt sind — aufgefordert, massenhaft in die Wälder einzudringen.

Die Bevölkerung von Labant ist das Treibhaus aller Zuchthäuser und Spinnhäuser; sie besteht aus lauter abgewirthschafteten Abdeckern, Krämern, welche die Märkte besuchen um zu stehlen, Seiltänzern (kumstýři nennt man sie), die, wenn sie ihren Erwerb da nicht finden, massenhaft in die Wälder fallen, namentlich in die Gemeindewälder, weil sie am schlechtesten beaufsichtigt werden. Es ist dort gewöhnlich ein alter Gemeinbezäger aufgestellt, der fürchtet sich. Die Gemeindefassen, welche Eigenthümer des Waldes sind, fürchten sich ebenfalls, weil dieses Gefindel gleich mit dem rothen Hahn droht, und so nimmt dieser Holzdiebstahl massenhaft zu. Ich muß also wirklich einen hohen Landtag bitten, diese Sache dringlichst der hohen Staatsregierung zu empfehlen, daß da einmal abgeholfen werde. (Bravo!)

Oberstlandmarschall: Die Petition, von welcher Se. Exc. soeben gesprochen hat, ist aller-

dings im vorigen Jahre mit allen Petitionen an den Landesausschuß zugewiesen worden, und ist von diesem der Regierung vorgelegt worden. Jedenfalls wird eine solche Vorlage, von der Stimme des Landtags unterstützt, hoffentlich ein ganz anderes Gewicht haben, als jene Vorlage von Seite des Landesausschusses.

Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen? Wenn Niemand mehr das Wort ergreift, werde ich den Antrag der Petitionskommission zur Abstimmung bringen. Ich bitte die Herren, welche dafür sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Ist einstimmig angenommen.

Ich werde die Kurien ersuchen, die Wahl der Hypothekenbank-Direktoren vorzunehmen, die Kurie der Großgrundbesitzer und die Kurie der Städte, der Industrialorte und Handelskammer. Der morgige Beginn der Sitzung ist um 10 Uhr. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Der Kommissionsbericht über die Regierungsvorlage wegen Kundmachung der Gesetze und zugleich über den Antrag des Abg. Skarda wegen Abänderung des §. 46 der Geschäftsordnung.

2. Der Kommissionsbericht über die Regie-

rungsvorlage bezüglich der Abänderung der §§. 13 und 15 der Landtagswahlordnung.

3. Landesausschußbericht, betreffend die Gesuche von 81 Gemeinden um Trennung aus dem gemeinschaftlichen Verbands, und der Landesausschußbericht über Gemeindevorgaben und Bezirkseingaben wegen Steuerzuschlag mit den Landtagszahlen 197, 209, 211 u. s. w.

4. Landesausschußbericht in Betreff der Hypothekenbank.

5. Landesausschußbericht betreffend die Aktivierung der höheren landwirthschaftlichen Lehranstalten zu Tetschen-Liebwerd und in Tabor.

6. Landesausschußbericht über Anträge der vorjährigen Schulkommission,

7. eventuell Berichte der Rekurskommission und Petitionskommission, wenn noch Zeit ist. Endlich die Präsidial-Anträge wegen Behandlung der nicht erledigten Gegenstände.

Wir werden morgen auf jeden Fall 2 Sitzungen haben. Die eine bis gegen 3 Uhr, die andere gegen 6 Uhr Abends, wenn wir Vormittag nicht fertig werden.

Schluß der Sitzung: 2 Uhr 30 Minuten.

Hugo Graf Kostitz, Verifikator.

Dr. Karl Pikert, Verifikator.

Josef Benoni, Verifikator.